„Volkswacht"
[illegible]
Quartal 1 Rbl. 50 Kop.,
1 Monat 50 Pf.
Einzelnummer Kop. [illegible]

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkthätige Bevölkerung.

Mit der illustrirten Beilage „Die Neue Welt".

Insertionsgebühr
beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum
20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen
10 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer müssen bis [illegible] Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

No. 90. Freitag, den 17. April 1896. 7. Jahrgang.

Conservatives.

Der Zufall spielte uns unlängst eine Reihe Nummern der „Kreuz-Zeitung" aus der Mitte des Jahrgangs 1895 in die Hand. Wer irgendwie die frühere „Kreuz-Zeitung" gekannt hatte, mußte erstaunen über den colossalen geistigen Niedergang des Junkerblattes. Wie entsetzlich fade und nichtssagend ist doch das Organ der „kleinen aber mächtigen" Partei geworden, seit die Redaction aus den Händen Hammerstein's in die des Dr. Kropatscheck geglitten ist, Hammerstein — darüber herrscht ja jetzt wohl nur eine Meinung — war ein Heuchler, ein Spitzbube, ein Lüderjahn erster Güte, immer ein echter, rechter Vertreter jenes Lumpenthums, das sich auf den „Höhen" der Gesellschaft breit macht und sich dadurch von dem gewöhnlichen Lumpenthume, dem sogen. „Lumpenproletariat" unterscheidet, daß es nebenbei den Anspruch erhebt, als „Crême der Gesellschaft", „Zierde des Staates", „Stütze von Thron und Altar" angesehen und respectirt zu werden. Aber Hammerstein, dieser neue Tartüffe, der wahrhaftig einen neuen Molière zu einem Lustspiel begeistern könnte, Hammerstein verband mit seiner sittlichen Verworfenheit einen hohen Grad geistiger Bedeutung. Er verstand es, geistreich, ja glänzend zu schreiben: neben nationalmiserablem Phrasenschwulst nahmen sich die Hammerstein'schen Artikel mit ihrer unverhüllten Brutalität gegenüber dem Proletariat, mit ihrer grenzenlosen und durchaus nicht unberechtigten Verachtung gegen die feige, winselnde Bourgeoisie ganz respectabel aus: konnten sogar förmlich erfrischend wirken, wenn man ihre Lectüre etwa auf die der Stumm'schen „Post", des Jänecke-Bennigsen'schen „Couriers" oder gar der widerlich-charakterlosen „Kölnischen Zeitung", der Dienerin der rheinisch-westfälischen Schlotjunker, folgen ließ.

Aber wie sagt doch Uhland: „Es muß sich alles, alles wenden." Hammerstein denkt hinter schwedischen Gardinen über die Vergänglichkeit alles Irdischen nach, sowie über die Schlechtigkeit der Welt, die er nun nicht mehr in schwungvollen Sonntags-, Neujahrs- und anderen Artikeln geißeln kann. An seine Stelle ist der Professor und Ex-Gymnasialschulmeister Dr. Kropatscheck getreten. Genannter Herr ist so eine Art von conservativem Märtyrer; er ist irgendwie und wo mal mit einem freisinnigen Redakteur aneinander gerathen und hat, ungewiß, ob mehr der Noth gehorchend oder seinem eigenen Triebe, den Dienst quittirt. Er trägt indeß seine Märtyrerkrone, wie es scheint, ohne Schaden für seine leibliche Gesundheit; wenigstens hat er sich ein rundlich Bäuchlein zuzulegen gewußt. Man sagt, daß er ein ehrenmann sei — ein Held à la Hammerstein ist er gewiß nicht; aber in den Künsten, welche gescheitelte Pfaffen mit heimlichem Neide als „Jesuitereien" bezeichnen und selbst zu erlernen sich redlich, wenn auch nicht immer mit Erfolg, bestreben, hat der biedere Kropatscheck auch schon ganz Achtungswerthes geleistet. Was ihm aber ganz abgeht, ist die Kunst, die Hammerstein besaß, lebendig, interessant, geistreich zu schreiben: Der Herr Professor fällt in Köllerscher Manier mit der Thüre ins Haus — wenn er aber einmal durch die Blume sprechen will, so fällt er damit noch schlimmer hinein.

Ein paar Beispiele mögen das Gesagte erläutern.

Irgend ein liberales Berliner Börsenblatt hatte die übrigens ganz richtige Behauptung aufgestellt, daß, wenn das Junkerthum zu Grunde gehen würde, es trotzdem weder dem „Staate" an Beamten und Offizieren, noch dem Boden an Bebauern fehlen würde. Hammerstein würde diese Gelegenheit benutzt haben, die ganze Schale seines Hohnes über die beschnittene und unbeschnittene Bourgeoisie auszugießen und nöthigenfalls selbst vor Anleihen bei Lassalle und Marx nicht zurückgeschreckt sein. Wie anders unser guter Kropatscheck! Der wird sentimental, beschwört das „nationale" Bürgerthum, doch nicht einzuwilligen in den Untergang des Adels, mit dem es so oft Schulter an Schulter gekämpft habe u. s. w. Auf Jeden, der auch nur etwas Geschichte kennt, kann eine solche Lamentation nur erheiternd wirken; „deutscher" Adel und „deutsches" Bürgerthum haben sich stets so gut vertragen, wie Hund und Katze, nicht schlechter und nicht besser. Aber wie weit muß doch das Junkerthum herabgekommen sein, wenn sein „leitendes" Organ derartige weibische Klagelieder ableiert!

Ein anderer Fall! In einem Leitartikel wird ein begeistertes Loblied auf das preußische Dreiklassen-Wahlsystem angestimmt. Hammerstein war klüger; er gab sich von Zeit zu Zeit den Anschein, ein Gegner des Dreiklassensystems und ein, wenn auch bedingter Anhänger des Reichstagswahlrechts zu sein. Aber Kropatscheck ist gar zu plump in seinem Bestreben, sich als gehorsamsten Diener der Junker zu offenbaren: er preist mit vergnügter Miene die Uebereinstimmung, in welcher das Dreiklassen-Wahlrecht mit der socialen Schichtung und wer weiß, womit sonst noch stehe. Aber — fügt er hinzu — so gut das Landtagswahlrecht Preußens sei, so schlecht sei das Communalwahlrecht. Ja, das sei so schlecht, daß es, wenns nicht geändert würde, das Landtagswahlrecht mit in den Abgrund reißen würde. In den Communen herrsche eine arge Bevorzugung der Schwerreichen, das Dreiklassensystem erscheine, namentlich in den großen Städten des Westens, in ungeheuerlicher plutokratischer Verzerrung u. s. w. u. s. w. Aus diesen ganz richtigen Vordersätzen wird dann die Schlußfolgerung gezogen, daß — die Gemeinde- und Landtagswahlen vorgenommen werden müssen. Natürlich wünscht Kropatscheck eine kleine Modifikation „nach dem Muster der neuvorpommerschen Städte", nämlich eine Berücksichtigung der „gewerblichen Corporationen", d. h. der Innungen, bei der Bildung der Wahlkörper. Doch das ist einfach für die Katz' — die Conservativen benutzen bekanntlich die ganze Innungsspielerei als Werbetrommel und Aushängeschild, ohne irgendwie daran zu denken, den Handwerkern einen Antheil an der Macht einzuräumen. Sonst hätten sie schon längst den Innungsverbänden ꝛc. Sitze im preußischen Abgeordnetenhause gewähren können, woran sie unseres Wissens bisher noch nicht gedacht haben.

Praktisch aufgefaßt, stellt sich also das Kropatscheck'sche Gemeindewahlrechts-Ideal einfach als eine Uebertragung des Landtagswahlrechts auf die Gemeinden dar. Das heißt: Die beiden einzigen, aber immerhin nicht unbedeutenden Vorzüge des preußischen Gemeindewahlrechts vor dem Landtagswahlrecht, die directe Wahl und die Sonderwahl der einzelnen Klassen, sollen beseitigt werden. Dumm ist nur der Grund, den die „Kreuz-Zeitung" für diese gewünschte Aenderung ins Feld führt. „Die plutokratischen Auswüchse sollen beseitigt werden." Es mag ja sein, daß die Junker ihren lieben Excartellgenossen, den Nationalliberalen, den Verlust ihrer „herrschenden Stellung" in den Städten Rheinland-Westfalens von Herzen gönnen. Aber das ist ihnen schließlich Nebensache; in der Hauptsache handelt es sich bei jenem Wunsche darum, der Socialdemokratie die Möglichkeit zu nehmen, in den städtischen Körperschaften vertreten zu sein. Und der Herr Dr. Kropatscheck glaubt wirklich, daß andere Leute so dumm sind, die Absicht nicht zu merken?

Und nun zum Schluß noch eine dritte nette Sache, die sich die „Kreuz-Zeitung" unter ihrer jetzigen ungeschickten Redaktion geleistet hat. Es war zur Zeit der schönsten Blüthe der Septembernervosität. Die „nationalen" Blätter überboten sich mit Vorschlägen zur Bekämpfung der „Rotte". Da durfte natürlich die „Kreuz-Zeitung" nicht zurückbleiben. Sie rückte denn auch mit einem besonderen und unfehlbaren Mittel heraus, es war aber auch danach. Bezeichnend für die Feigheit, welche seit dem Fall Hammerstein das sonst so brutal-rücksichtslose Organ der Junker befallen hat, war schon der Umstand, daß die genannte Staats- und Gesellschaftsmedizin in einem „Eingesandt" zum besten gegeben wurde, obwohl sie fraglos aus der Redaktionsstube selbst stammte. Diese bequeme Methode ist bei der „Kreuz-Zeitung" neuerdings sehr in Aufnahme gekommen.

Der angebliche Einsender offenbart der staunenden Mit- und Nachwelt, daß er früher ein „warmer Freund" des Socialistengesetzes gewesen sei. Allein, so schön (wörtlich!) dasselbe in der Theorie gewesen sei, so wenig habe es in der Praxis getaugt; darum sei er, der Einsender, Gegner eines neuen Ausnahmegesetzes.

Aber solle man deshalb unthätig der Zerstörung des Staates, Unterwühlung der Gesellschaft u. s. w. durch die „Rotte" zusehen? Diese Frage müsse er entschieden verneinen — und nun kommt das geheimnißvolle und unfehlbare Mittel: „Als Beamter, die zum letzten Schnaufer Lande noch eine große Macht besitze, müssen der Socialdemokratie eine andere Behandlung zu Theil werden lassen, als den übrigen Parteien. Das ist das große, das unfehlbare Mittel, welches nun freilich weder der Neuheit noch der Bewährtheit sich rühmen darf. Es ist im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte massenhaft zur Anwendung gebracht worden, hat aber stets einen dem beabsichtigten entgegengesetzten Erfolg gehabt.

Wir haben diese paar Beispiele nur herausgerissen, um den Niedergang des bedeutendsten Organes der Reaction zu zeigen. Schließlich spiegelt sich in diesem Verfalle des Junkerblattes nur der unaufhaltsam fortschreitende Verfall der Junkerklasse wieder. Es geht mit ihr zu Ende.

Berliner Märztage.

Eine geschichtliche Erzählung von Michel Deutsch.

Nachdruck verboten.

Als Hans Hartung von dem Rencontre mit Axel von Pilgram erzählte, bot sich der Edelmann Bruno sogleich als Sekundant an. Bruno nahm das Anerbieten mit Dank an. Er hatte zuerst an seinen Vetter Rechberg gedacht, doch war es ihm lieber, daß er diesen aus dem Spiele lassen konnte.

Dora hatte mit lebhafter Bewegung Hartungs Erzählung angehört. Bruno wollte sich also schlagen um ihretwillen — er, der vornehme Herr Studiosus, der Sohn eines Gutsbesitzers, wegen einer armen Schneiderstochter! Doch wie, wenn die Kugel dieses Wüstlings Pilgram ihn zu Boden streckte, wenn Bruno Volkmuth ein Opfer seines Edelmuths wurde?

Voll innerer Unruhe näherte sie sich Bruno. Sie, die Keck, Eigenwillige, Ungezügelte war jetzt verlegen wie ein Kind. Kaum zehn Worte hatte sie bisher mit dem jungen Manne gewechselt. Als er mit Hartung ankam, hatte er ihr die Hand gedrückt und sie mit freundlichem Lächeln gefragt, ob sie sich beruhigt habe. Dann hatte er sich zu den anderen gewandt, wie absichtlich, um ihrem Blicke zu entgehen.

Und dennoch — sie mußte zu ihm sprechen, sie mußte diese heimliche, bange Scheu überwinden, die ihr den Mund verschloß.

„Sie dürfen sich um meinetwillen nicht duelliren, Herr Volkmuth", begann sie leise mit zitternder Stimme.

„Weshalb?" fragte er lächelnd, indem er sie mit einem vollen, offenen Blicke ansah.

„Sie dürfen nicht, ich will es nicht", sagte sie halb bittend, halb trotzend, während ihr Mund schmerzlich zuckte.

„Dann wollen Sie, daß dieser junge Herr mich ohne Gegenwehr niederschießt, an der ersten besten Straßenecke, wie einen tollen Hund, der ihn gebissen?"

Die Augen des Mädchens füllten sich mit Thränen. Bruno ergriff die kleine zarte Hand und drückte sie herzlich.

„Sorgen Sie sich nicht um mich, Fräulein Dorchen", sagte er weich, „und messen Sie vor allem sich keine Schuld bei. Ich hätte jedes andere Mädchen, dem eine gleiche Kränkung widerfahren, ebenso vertheidigt. Daß ich gerade für Sie eintreten konnte — das schätze ich als ein besonderes Glück."

Er hatte, während er sprach, ihre Hand in der seinigen behalten. Jetzt ließ er sie los und wandte sich langsam ab, während seine Züge wieder den gewohnten, schwärmerisch-düsteren Ausdruck annahmen.

Schnick trat an Bruno heran und reichte ihm ein Blatt Papier. Er hatte bereits an die anwesenden Arbeiter eine größere Anzahl von Exemplaren der über Nacht entworfenen Adresse vertheilt und forderte Bruno auf, die Wirkung derselben zu beobachten. Ferdinand sollte gegen Abend einen zweiten Posten, in einem Semmelkorb unter Bäckerwaaren versteckt, nach den Zelten herausbringen.

Zahlreiche Gruppen hatten sich gebildet, die über den ungewöhnlichen Inhalt des Schriftstückes disputirten. Das waren nicht die hochtönenden, abstracten Worte, die man bisher in diesen Zelten-Versammlungen vernommen hatte. Das waren schlichte, reale, greifbare Gedanken, in einer Sprache vorgetragen, die zum Herzen sprach, zum Herzen dieser Enterbten und Entmündigten, deren ganzes Wesen, noch halb unbewußt, aus dumpfer Erniedrigung zu Luft und Licht emporstrebte.

Da und dort warf einer der ehrbaren Herren im glatten Bürgerrock einen Blick in die lithographirten Blätter, um seine Nase gleich wieder herauszuziehen. Da stand nichts von einer deutschen Flotte und einem deutschen National-Zuchthaus — was sollte man also damit anfangen? — Die Handwerksgesellen und Arbeiter lasen immer und immer wieder mit Bedacht und Vertiefung diese merkwürdigen Worte, die nicht an ihre Leidenschaften, an ihre blinden, von Unverstand beherrschten Eintags-Instinkte appellirten, sondern vielmehr zu ihrem innersten Wesen, ihren gesunden Vernunft, ihren natürlichen menschlichen Trieben und Interessen sprachen.

Es waren ihrer mehr und mehr geworden, dieser schlichten Männer der Arbeit. Aus den Werkstätten und Fabriken strömten sie noch nach Feierabend, als die Sonne bereits untergegangen war, zu Tausenden herbei und füllten die Lücken, welche die früh heimgekehrten „anständigen" Bürgersleute gelassen hatten. Sie waren gekommen, um die Worte zu vernehmen, die Worte „Freiheit" und „Volksrecht", die ihren Ohren so ungewohnt klangen. Aber die papiernen Revolutionäre, die diese Worte zuerst in den Mund genommen hatten, und von denen man sich in den Werkstätten und Fabriken so ungeheuerliche Dinge erzählte, waren wie weggeblasen. Sie hatten sich vor der Polizei ins Mauseloch verkrochen.

Statt dessen waren Gendarmen da, Gendarmen zu Fuß und zu Roß, mit Pistolen, Säbeln und Flinten. Und auf einmal kamen dann von den Linden her Leute, die versicherten, daß die Garde nach Sonnenuntergang aus den Kasernen ausgerückt sei und die Straßenzüge nach dem Schlosse sammt der Umgebung des Schlosses besetzt habe.

Nach Sonnenuntergang — so lange hatten sie gewartet, damit das Tagesgestirn, die ewige, allliebende Urmutter es nicht sähe, wie der Bruder gegen den Bruder, der Starke, Gewappnete gegen den Wehrlosen und Schwachen den tödtenden Stahl erhob.

Zuerst einzelne, dann mehr und immer mehr brachten sie unglaublich klingende Kunde.

„Ja doch, ja können's glauben!" rief ein hübscher, rot-

noch in Erinnerung, wir wollen daher dieselben hier mit kurzen Worten wiederholen. Schneeweiß und Werle waren früher gute Freunde; diese Freundschaft kühlte sich aber mit der Zeit ab, weil Werle glaubte, Schneeweiß hintergehe ihn. Um sich an ihm zu rächen und wohl aus Concurrenzneid suchte sich Werle Material zu einer Handhabe gegen Schneeweiß zu verschaffen. Durch die bereitwillige Vermittelung seines Expeditionsvorstehers Egger, der die Angestellten des Schneeweiß ausforschte, gelang Werle dieser Coup und nun wurden die Denunciationen vom Stapel gelassen. Auf Grund einer dieser Denunciationen stand Schneeweiß am 22. October v. J. vor dem Schöffengericht, um sich wegen Hehlerei zu verantworten. Es handelte sich um Stenogrammhefte und Copien von Geschäftsbriefen, die der Stenograph Georg Schmidt, der von Werle beschäftigt wurde, entwendet und die Schneeweiß sich zu Nutze gemacht haben sollte. Schneeweiß wurde freigesprochen. Am 24. März d. J. hatte Schneeweiß sich wieder auf eine Denunciation Werles hin zu verantworten; er war der Steuerhinterziehung angeklagt. Diese Sache ist indessen zum Austrage noch nicht gekommen, da die Geschäftsbücher einer Prüfung unterzogen werden sollten. In der gestrigen Verhandlung handelte es sich wieder um eine Denunciation Werle's. In sieben Fällen soll Schneeweiß sich des Betruges schuldig gemacht haben. Der Sachverhalt ist folgender: Schneeweiß hatte sich an verschiedene Firmen gewandt, um sie zu veranlassen, den „Häuslichen Rathgeber" zu Reclamezwecken durch Beilegung von Prospecten, Flugblättern 2c. zu benutzen. Diese Empfehlung hatte auch den Erfolg, daß verschiedene Geschäfte solche Reclameblätter als Extrabeilagen in den „Häuslichen Rathgeber" gegen entsprechende Gebühr beilegen ließen. Durch den Geschäftsführer Ulbich will Werle erfahren haben, daß Schneeweiß seine Auflage zu hoch angegeben habe und sich mehr Beilagen von den Firmen habe kommen lassen, als thatsächlich beigelegt wurden. In einem solchen Falle sollte Schneeweiß unberechtigterweise eine Vergütung erhoben haben. Auf dieses Material hin gründete Werle seine Strafanzeige und mußte sie so einzurichten, daß Anklage erhoben werden mußte. Das aus grenzenlosem Haß und Concurrenzneid zusammengefügte Gebäude stürzte in der gestrigen Verhandlung schmählich zusammen, denn in allen sieben Fällen erwies sich die Unschuld des Angeschuldigten. Sechs Firmen, deren Inhaber commissarisch vernommen worden sind, haben erklärt, daß sie in keiner Weise von Schneeweiß geschädigt worden sind; sie hätten das Geschäft auch abgeschlossen, wenn sie 4000 Beilagen weniger zu schicken gehabt hätten. Bei einer Auflage von 50,000 bis 60,000 komme es auf 4000 Beilagen mehr oder weniger nicht an und 200 Mark sei auch kein zu hoher Preis. In diesen 6 Fällen hielt der Staatsanwalt den Angeklagten für schuldlos; nur im letzten Falle glaubte er an seine Schuld, hier handelte es sich um Prospekte, die um die Weihnachtszeit dem „Rathgeber" beigelegt werden sollten, die aber erst zu Ostern beigelegt wurden. Hier trug aber nicht Schneeweiß, sondern der Drucker die Schuld. Schneeweiß hatte von der Firma 75 Mark erhalten, während der Druckereibesitzer Schapitz für den Umdruck „Passend zur Confirmationsgeschenke" nichts beansprucht hatte. Dieser Umstand war indessen nur dem Geschäftsführer Ulbich bekannt. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt 500 Mark Geldstrafe. Der Vertheidiger des Angeklagten, Dr. Mamroth, kennzeichnete das Gebahren Werles und seines Helfershelfer Ulbich in scharfster Weise und beantragte die kostenlose Freisprechung seines Mandanten. Er bat den Vorsitzenden, in der vorliegenden Processsache weitere Kreise unterrichten, in der Hauptverhandlung die Worte näher auszuführen, die die Freisprechung herbeiführten durften. Die Berathung dauerte kaum 5 Minuten. Der Vorsitzende verkündete die kostenlose Freisprechung des Angeklagten. Der Angeschuldigte gebe aus diesem Prozeß in seiner Ehre unbeflecht hervor. Ganz anders hat es der Vertheidiger, wenn er sage, alles, was der Angeklagte behauptet, habe er vollauf bewiesen. Es liege nicht die mindeste Schuld, auch nicht der mindeste Anlaß zu einer Anklage vor. Das gerichtliche Verfahren sei allerdings auf den ersten Blick dermaßen gewesen, daß es zu einer Anklage führen mußte. An Gerichtsstelle, bemerkte der Vorsitzende, könne man den Concurrenzneid kennen. Auch in diesem Falle lagen nur Concurrenzneid und andere unlautere Motive vor. Vom Zeugen Ulbich sei nicht zu glauben gewesen. Dagegen erschienen die Aussagen des Angeklagten dem Gerichtshof vollständig glaubhaft.

Was in dieser Sache am deutlichsten die niedrige Gesinnung des Denunzianten zeigt, das ist die Thatsache, daß Schneeweiß bei der Staatsanwaltschaft auch angezeigt wurde, weil er sich durch Schmuggel der Steuer entziehen wolle und daß dieser seine Anzeigen wieder zurückgezogen hat. Wenn der Staatsanwalt weniger unabhängig gewesen wäre, erklärte der Vertheidiger, dann wäre dem Angeklagten Haus und Hof, Ehre und Leben, Weib und Kind, was ein unendlich Weiteres auf sich, zu rauben, und sagte dann, es wäre Thatsache, daß Schneeweiß sein Geschäft hätte aufgeben müssen. Zu der Anzeige gesellte sich noch eine Anzeige, daß der Angeklagte gar nicht existiere, daß er ein Phantom sei. Es wäre ein Wunder, daß jemand noch Vertrauen haben. Das Sprichwort: „Der Andern eine Grube gräbt, fällt selber hinein," dürfte hier seine volle Bestätigung haben.

Schlesien.

Chlau. 13. April. Todt aufgefunden. Vorgestern früh wurde unter der Kniepbrücke zu Hohenbrod bei Kosemitz der Leiche eines alten, anständig gekleideten Mannes aufgefunden. Am Halse des alten zeigte sich eine [illegible] Schnittwunde, die jedoch nicht die Ursache seines Todes sein konnte. Nach dem von der Polizei aus dem Buchstabenbuch [illegible] Tuch wurde der Todte als der Rentier [illegible] aus Breslau erkannt. In dem Taschenbuch wurde ein Zettel mit folgendem Inhalt gefunden: „Es ist gut, daß es zu Ende geht, es geht mir sehr gut." Es dürfte sich um Selbstmord handeln, der in einem Anfall von Schwermuth verübt worden ist.

Liegnitz. Beim Passiren eines Eisenbahnzuges ist gestern Morgen gegen 10 Uhr am Eisenbahnübergange in Liegnitz Ecke Hirschstraße und Bahnhofstraße ein Fuhrwerk von einem Zuge der Eisenbahn überfahren worden. Der Kutscher, der Bäckermeister Hoffmann, wurde sofort getödtet, das Pferd mußte getödtet werden. Der Wagen wurde vollständig zertrümmert. Der Kutscher hat Frau und Kinder.

Bunzlau. Sommerfrischen. Nach dem in nächster Stadtverordnetenversammlung zur Berathung kommenden Voranschlage des Magistrats [illegible] im Etatsjahr 1896/97 [illegible] an direkten Gemeindesteuern erhoben werden 1[illegible] Pfg. der Realsteuer, 1[illegible] der Gewerbesteuer und 154 Pfg. Zuschlag zur Einkommensteuer. Im vorigen Jahre wurden erhoben 1[illegible] Pfg., 1[illegible] und 1[illegible]

Waldenburg. Steinarbeiter-Versammlung. Eine [illegible] Steinarbeiter-Versammlung tagte am 14. April im Saale des Herrn Stark. Auf der Tagesordnung stand: Jahresabrechnung; Mitgliedschaft vom Verein; Stellungnahme zur Maifeier; Vereinssachen. Die Einnahme betrug vom 1. April 1895 bis 1. April 1896 [illegible] Mk. Die Ausgabe [illegible] Mk., [illegible] Mk., Bestand vom vorigen Jahre [illegible] Mk., [illegible] Mk. Es beschlossen wurde [illegible] wiederzuwählen. Die Abrechnung vom Verein regte eine Ausgabe von [illegible] Mk. Beim letzten Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, daß am 1. Mai Nachmittags eine Versammlung stattfinde, daß daher die Collegen von 4 Uhr an die Arbeit ruhen lassen, ferner daß Sonntag den 3. Mai die Vorgänger im Lokal des Herrn Stark abgehalten.

Lauban. Gemischtes. Nach dem in nächster Stadtverordnetenversammlung zur Berathung kommenden Voranschlage des Magistrats [illegible] im Etatsjahr 1896/97 [illegible] an direkten Gemeindesteuern erhoben werden 1[illegible] Pfg. der Realsteuer, 1[illegible] der Gewerbesteuer und 154 Pfg. Zuschlag zur Einkommensteuer. Im vorigen Jahre wurden erhoben 1[illegible] Pfg., 1[illegible] und 1[illegible]

Bunzlau. Steinarbeiter-Versammlung. Eine [illegible] Steinarbeiter-Versammlung tagte am 14. April im Saale des Herrn Stark. Auf der Tagesordnung stand: Jahresabrechnung; Mitgliedschaft vom Verein; Stellungnahme zur Maifeier; Vereinssachen. Die Einnahme betrug vom 1. April 1895 bis 1. April 1896 [illegible] Mk. Die Ausgabe [illegible] Mk., [illegible] Mk., Bestand vom vorigen Jahre [illegible] Mk., [illegible] Mk. Es beschlossen wurde [illegible] wiederzuwählen. Die Abrechnung vom Verein regte eine Ausgabe von [illegible] Mk. Beim letzten Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, daß am 1. Mai Nachmittags eine Versammlung stattfinde, daß daher die Collegen von 4 Uhr an die Arbeit ruhen lassen, ferner daß Sonntag den 3. Mai die Vorgänger im Lokal des Herrn Stark abgehalten.

Lauban. Gemischtes. Nach dem in nächster Stadtverordnetenversammlung zur Berathung kommenden Voranschlage des Magistrats [illegible] im Etatsjahr 1896/97 [illegible] an direkten Gemeindesteuern erhoben werden 1[illegible] Pfg. der Realsteuer, 1[illegible] der Gewerbesteuer und 154 Pfg. Zuschlag zur Einkommensteuer. Im vorigen Jahre wurden erhoben 1[illegible] Pfg., 1[illegible] und 1[illegible]

Vermischtes.

Zu den Bergungsversuchen bei dem gesunkenen Lloyddampfer „Eider" schreibt die „Seesch. und Seef.-Corr.": In Sachverständigenkreisen ist man äußerst gespannt auf das Ergebniß dieser Versuche, da es sich hier um Operationen handelt, die zu den schwierigsten und riskantesten ihrer Art gehören. Zunächst ist es die auch beim ruhigsten Wetter auf offener See noch stets fühlbar machende Bewegung des Wassers — sei es in Form eigentlicher Wellen oder sog. Dünung, — welche die Arbeiten erheblich beeinträchtigt, und ferner ist die Wassertiefe — der betreffenden Stelle immerhin eine so bedeutende, daß das Arbeiten dadurch äußerst beschwerlich gemacht wird. An der Stelle, wo die „Eider" gesunken ist, dürfte die See wohl über 100 Fuß tief sein, und ein dauerndes Verweilen in einer solch beträchtlichen Tiefe ist eine Arbeitsleistung, welcher nur einzelne, besonders widerstandsfähige Leute gewachsen sind. Zwar haben nachweislich in einzelnen Fällen Taucher schon die zu einer Tiefe von 33½ Faden oder 201 Fuß englisch hinabzutauchen vermocht, von einem längeren Aufenthalte in dieser Tiefe konnte aber keine Rede sein, geschweige denn von der Ausführung von Arbeiten. Ueber 150 Fuß Tiefe ist das Tauchen schon erreicht worden, immerhin ist auch hier der Wasserdruck schon so erheblich, daß nur besonders starke Leute längere Zeit in solcher Entfernung unter der Wasseroberfläche auszuhalten vermögen. Wo es sich um die Ausführung größerer Arbeiten handelt, kann die zulässige mittlere Grenze, bis zu welcher man gehen darf, ohne das Leben der Taucher zu gefährden, wohl bei 90—95 Fuß angenommen werden. Wenn es dem besten Taucher gelingen sollte, unter den erwähnten schwierigen Umständen in so beträchtlicher Tiefe die Bergungsarbeiten auszuführen, so würde dies zu den hervorragendsten Leistungen gehören, die auf diesem Gebiete zu verzeichnen sind.

Die Einführung des Meter-Systems zu einem internationalen hat in dieser Zeit wieder erhebliche Fortschritte gemacht. Am 1. März wurde derselbe in der Türkei offiziell eingeführt, sämmtliche Gemeindebehörden des türkischen Staates haben Instructionen erhalten, um welchen sie die verschiedenen Handels-Corporationen zum Gebrauche der neuen Maße und Gewichte anzuweisen haben. Auch in diesem Jahre wird das Meter-System in Mexiko und Guatemala eingeführt werden. Von dem neugewählten Parlament ist bekanntlich die Einführung nach Ablauf von zwei Jahren beschlossen worden. In den Vereinigten Staaten sog zunächst die Münzkommission des Congresses eine Bill Hoar in erste Erwägung, welche die Einführung des Meter-Systems in allen öffentlichen Dienstzweigen mit dem 1. Juli 1897 und in allen privaten mit dem 1. Juni 1899 bezweckt. Nach der neuesten Meldung der „Nature" vom 2. April dieses Jahres hat die gemischte Commission einen Beschluß zu ersuchen der Einführung des Metersystems zum 1. Juli 1896, für die ländlichen Districte zum ersten Tage des 20. Jahrhunderts, 1. Januar 1901, gefaßt. — Auch in Dänemark ist nach einer Meldung der „Engineering" eine parlamentarische Commission zur Berathung über die Einführung des Meter-Systems eingesetzt, und auch in diesem Lande soll die Stimmung für den Beschluß günstig sein, was die in diesem Sinne lautenden Resolutionen mehrerer großer Handelsgesellschaften an das Parlament beweisen.

Kindisch. Aus den Geburtstagsbriefen, die dem Fürsten Bismarck am 1. April zugingen, dürfte dem „Hamb. Nachr." das nachfolgende Schreiben „besonders kindisch", das den Vorzug eines Witzes in der Schmach zeigt und charakteristisch sein dürfte. An Herrn v. Bismarck, Friedrichsruh, wenn hier im Walde wiedergegeben zu werden:

Lieber Bismarck!

Ich gratuliere zum Geburtstag. Beinahe hätte Ihr Maul- und Klauenvieh, Ihre Kuh, die ich zum Garaus bringen schuld. Mein Bruder ist Ihr von der Kuh Kuhl gewesen. Bitte, schreiben Sie mir bald einen Brief. Viele Grüße.

Sch. bei S. Schmand — Ernst Sch. . . . . .

21 M. 1896.

Es gratuliert
und
Grüße.

Beinahe 1848 war es in Schleswig-Holstein den Demokraten die Schuld zu geben, wenn die Sonnenkuh nicht gedeihen wollen. Jetzt scheint Bismarck in symbolischer Gestalt die Rolle des Sündenbocks zu spielen. Vielleicht ist dies christlich-patriotische Sonnenwendfeier.

Der überreifene Schinkenräuber. Ein neues Geschichtchen erzählt man sich aus Falkenberg, Kreis Oder-Glogau, das uns das „Glogauer Tageblatt" schreibt, auf Wahrheit beruht. Der Herr Pastor hatte zu seinem Vergnügen noch mehrere Stunden für sich zur Verfügung. Es war so ganz und gar kein „Sonntagswetter", und um die schöne Frühlingsluft zu genießen, machte er eine Excursion und Tour, was Fremder sehen für seinen lieben Kaffeetisch, der schöne Umstände kennt bis zum Gebiet in N. . . . . Hier ließ er sich ein Bier an den Wagen bringen. Während der Trinkpausen unterhält er sich leutselig mit der am Wagen harrenden Wirthin. „Recht schöner Tag heute." — „Na, 's wird andersch o no". — „Ich glaube nicht; woher wissen Sie das so bestimmt?" — „Nu, ich weeß". — „Steht's etwa im Kalender?" — „Nee". — „Hat's in der Zeitung gestanden?" — „Ooch ne". — „Hat es etwa Falb prophezeit?" — „Ach, dar Karle, dar weeß glei goar nischt." — „Nun, da möcht' ich doch wissen, weshalb Sie so bestimmt behaupten können, daß es heute noch regnen solle." — „Na, ich möcht's eegentlich ne sein, aber wenn Sie's emol groade wissen wull'n: Ich hoa Se nämlich ane Kuhe, wenn die sich mit dem H— a dar Wand reibt, do raint's no." — „Sooo? Hier ist Geld für's Bier. Adieu!" — Und in der That! Der Wagen hat die Rückfahrt noch nicht vollendet, da fängt's an zu „tröppeln". Da dreht sich denn auch der Kutscher zu seinem Passagier um und sagt: „Nu hürt all's uff. Die Kuh hot raicht behalen, und dar Professor Falb ne!" — Bald ist man angelangt. Bei der Ablöhnung des Kutschers spricht der Passagier: „Gestatten Sie noch, daß ich mich Ihnen als Professor Falb vorstelle." Wie lang jetzt das Gesicht des Kutschers geworden und was er an Entschuldigungen gestammelt, weiß bloß Falb, der sich lächelnd verabschiedet um seinen Vortrag zu halten.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 15. April. Auf dem Berliner Parteitage der freisinnigen Volkspartei soll es, wie die „Volkszeitung" meldet, zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen sein und zwar wegen der ablehnenden Haltung Richters gegen den antiagrarischen, wadelstrümpflerischen „Schutzverband". Richter soll mit der Cabinetsfrage, mit dem Rücktritt, gedroht haben. Es wird nicht so schlimm werden.

— Es wird weiter geschossen! Die „Post" meldet als Thatsache, daß Dienstag Abend alle Vorbereitungen zu dem vorher angekündigten Duell v. Lancken—Hahn getroffen waren. Es sei bisher noch nicht zu ermitteln gewesen, ob dieses Duell nicht am Mittwoch stattgefunden hat. Möglicherweise ist also die Duelchronik bereits wieder um einen neuen Skandalfall bereichert worden.

— Das Duell von Kotze—von Schrader soll, einer Correspondenz zufolge, zum Gegenstande einer Interpellation im Abgeordnetenhause gemacht werden.

— Gegenüber dem „Localanzeiger" behauptet das „Berl. Tagebl.", daß ein Duell zwischen Kotze und dem Sohne des erschossenen Schrader nicht mehr stattfinde. Wirklich nicht?

Cottbus, 15. April. Der Fabrikanten-Verein veröffentlicht eine Erklärung, wonach die Commission der Vereinigung einstimmig beschlossen hat, an dem früheren Beschlusse festzuhalten, selbst wenn durch die Verlängerung des Ausstandes die Anfertigung der Sommermuster verhindert werden sollte.

Dresden, 15. April. In einer gestern hier abgehaltenen Versammlung von 2000 Maurern wurde beschlossen, von heute ab auf allen Bauten, wo nicht höchstens zehnstündige Arbeitszeit und ein Mindestlohn von 40 Pf. pro Stunde besteht, die Arbeit niederzulegen. Die arbeitenden Maurer führen allwöchentlich Beiträge an die Streikenden ab, welche pro Tag 2—2,50 Mark erhalten.

Wien, 15. April. Dr. Lueger fordert seine Partei auf, bei der für den nächsten Sonnabend anberaumten Bürgermeisterwahl von seiner Person abzusehen, gleichwohl beschloß die Partei einhellig Luegers Wahl.

— Beim Beginn der gestrigen Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses interpellirten Eim und Genossen den Landesvertheidigungsminister, ob er den Feldmarschall-Lieutenant Succovaty in Brünn von seinem Posten entfernen wolle, weil dieser den Soldaten verboten hätte, ein Local zu besuchen, wo Arbeiterversammlungen stattfanden.

Adelsswerth i Krain, 15. April. Ein heftiges, mit unterirdischem Getöse verbundenes Erdbeben erschreckte gestern Morgen die Bewohner. Alles eilte ins Freie. Auch aus der Umgegend wurden heftige Erderschütterungen und Schreckensscenen gemeldet.

Mailand, 15. April. Das Unwetter in Mittelitalien dauerte auch gestern fort; unter dem Eintritt starker Kälte hatten viele Orte reichlichen Schneefall. Von der adriatischen Küste wurden viele Schiffsunfälle gemeldet.

Rotterdam, 15. April. In dem Schadenersatz-Prozesse des Norddeutschen Lloyd gegen den Eigenthümer der „Crathie" wurde der letztere heute verurtheilt, an den Norddeutschen Lloyd 565,500 Gulden nebst 6 Procent Zinsen hiervon seit dem 2. März 1895 zu zahlen.

Paris, 15. April. In Bournmouth wird morgen im Krankenzimmer Cornelius Hertz einem außerordentlichen Verhör unterworfen. Danach wird die Frage der Auslieferung entschieden werden. — Es wird wohl wieder bei der Komödie bleiben.

Konstantinopel, 18. April. Fürst Ferdinand, der als türkischer Vasall seine Reverenz vor dem Padischah in Konstantinopel gemacht hat, ist zum Generalfeldmarschall der kaiserlich türkischen Armee ernannt worden. Ein hübscher Duel! Außerdem hat er auch Orden verthellen! Welch ein Glück für ihn und seine „Getreuen"!

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 15. April.

Heiraths-Ankündigungen. II. Tischler Franz Urbansky, kath., Gewaldstr. 6. und Anna Seidel, ev., Kaiser Wilhelmstr. 107. — Maurer Franz Kuschel, kath., Sedanstr. 9, und Anna Ruhm, ev., Ohlauerstr 11. — Musiker Julius Raffelt, kath., Mauritiusstr. 15, und Marie Scholz, ev., Klosterstr. 83. — Tischler Hermann Winkler ev.-luth., Borwerkstr. 40, und Susanna Drabek, evang., ebenda.

Eheschließungen. I. Lackirergehilfe Hermann Thon, ev., Rübigasse 4, mit Marianna Werner, kath., Nikolaistadtgraben 14. — Schuhmacher Carl Nitschke, ev., mit Pauline Fritschen, geb. Zimmer, ev., Kurzegasse 62. — Klempner Wilhelm Gerber, ev., Waterloostraße 24, mit Anna Schwenn, ev., Neuschestr. 49 — II. Gärtner Adam Moramek, kath., zu Sacherwitz, mit Maria Geflinter, kathol., Museumsplatz 7. — III. Kutscher Albert Pazzer, kathol., Kleine Scheunigstr. 24, mit Anna Schubert, kathol., das. — Maler Carl Jungen, kath., Wernitz. 1, mit Antonie Seel, kath., Schulstr. 6.

Geburten. I. Kaufmann Hermann Jacob, evang., T. — Schuhmacher Gustav Becker, evang., T. — Maurer Josef Buttner, kath., S. — Haushälter Wilhelm Fichtner, ev., T. — Tischler Franz Kajchela, kath., T. — Schlosser Hermann Hahn, ev., S. — Arbeiter Friedrich Ernst, ev., T. — Hammerführer Josef Wabner, kath., S. — Schneider Ferdinand Schmechtig, ev., S. — Maschinenwärter Carl Mechner, ev., S. — Haushälter Carl Hornig, evang., T.

Todesfälle. I. Schmiedelehrling Adolf Nitschke, 16 J. — Schneiderin Gertrud Rose, 20 J. — Schlossergeselle August Kunschella, 47 J. — Cabinetmacher Friedrich Tschech, 71 Jahre. — Arbeiter Carl Stelzer, 47 J. — Margarethe, T. des verst. Schuhmachers Bruno Sternberg, 9 J. — Adolf, Sohn des Schlossers Hermann Hahn, Pöpelwitz, 45 Min. — II. Arbeiterwittwe Pauline Trautmann, geb. Herzog, 56 J. — Schlosser Arthur Kerby, 19 J. — Erna, T. des Schuhmachers Paul Hoffmann, 4 M. — Martha, T. des Maurers Franz Pätzold, 14 J. — Clara, T. des Eisenbahnschaffners Johann Franzke, 9 J. —

Briefkasten der Redaction.

An unsere Correspondenten in der Provinz. Wir ersuchen die Einsender von Artikeln, stets ihren Namen zu unterschreiben, da anonyme Mittheilungen in den Papierkorb wandern.

M. Neustadt. Der von Ihnen erwähnte Bericht ist uns nicht zugegangen. — Gruß.

Verantwortlich gemäß § 7 des Preßgesetzes: [illegible]; — Redaction und Expedition: [illegible] 5/6 — Verlag von [illegible] & Co.
Druck von [illegible] — sämmtlich in Breslau.

Die „Volkswacht" erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 1/3 durch die Post und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2,50, pro Monat 90 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7224.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkthätige Bevölkerung.

Mit der illustrirten Beilage „Die Neue Welt".

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeiger 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 10 Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 90. Freitag, den 17. April 1896. 7. Jahrgang.

Conservatives.

Der Zufall spielte uns unlängst eine Reihe Nummern der „Kreuz-Zeitung" aus der Mitte des Jahrgangs 1895 in die Hand. Wer irgendwie die frühere „Kreuz-Zeitung" gekannt hatte, mußte erstaunen über den colossalen geistigen Niedergang des Junkerblattes. Wie entsetzlich fade und nichtssagend ist doch das Organ der „kleinen aber mächtigen" Partei geworden, seit die Redaction aus den Händen Hammerstein's in die des Dr. Kropatscheck geglitten ist, Hammerstein — darüber herrscht ja jetzt wohl nur eine Meinung — war ein Heuchler, ein Spitzbube, ein Lüderjahn erster Güte, immer ein echter, rechter Vertreter jenes Lumpenthums, das sich auf den „Höhen" der Gesellschaft breit macht und sich dadurch von dem gewöhnlichen Lumpenthume, dem sogen. „Lumpenproletariat" unterscheidet, daß es nebenbei den Anspruch erhebt, als „Crême der Gesellschaft", „Zierde des Staates", „Stütze von Thron und Altar" angesehen und respectirt zu werden. Aber Hammerstein, dieser neue Tartüffe, der wahrhaftig einen neuen Molière zu einem Lustspiel begeistern könnte, Hammerstein verband mit seiner sittlichen Verworfenheit einen hohen Grad geistiger Bedeutung. Er verstand es, geistreich, ja glänzend zu schreiben: neben nationalmiserablem Phrasenschwulst nahmen sich die Hammerstein'schen Artikel mit ihrer unverhüllten Brutalität gegenüber dem Proletariat, mit ihrer grenzenlosen und durchaus nicht unberechtigten Verachtung gegen die feige, winselnde Bourgeoisie ganz respectabel aus: konnten sogar förmlich erfrischend wirken, wenn man ihre Lectüre etwa auf die der Stumm'schen „Post", des Jänecke-Bennigsen'schen „Generals" oder gar der widerlich-charakterlosen „Kölnischen Zeitung", der Dienerin der rheinisch-westfälischen Schlotjunker, folgen ließ.

Aber wie sagt doch Uhland: „Es muß sich alles, alles wenden." Hammerstein denkt hinter schwedischen Gardinen über die Vergänglichkeit alles Irdischen nach, sowie über die Schlechtigkeit der Welt, die er nun nicht mehr in schwungvollen Sonntags-, Neujahrs- und anderen Artikeln geißeln kann. An seine Stelle ist der Professor und Ex-Gymnasialschulmeister Dr. Kropatscheck getreten. Genannter Herr ist so eine Art von conservativem Märtyrer; er ist irgendwie und wo mal mit einem freisinnigen Magistrat aneinander gerathen und hat, ungewiß, ob mehr der Noth gehorchend oder seinem eigenen Triebe, den Dienst quittirt. Er trägt indeß seine Märtyrerkrone, wie es scheint, ohne Schaden für seine leibliche Gesundheit; wenigstens hat er sich ein rundlich Bäuchlein zuzulegen gewußt. Man sagt, daß er ein Ehrenmann sei — ein Held à la Hammerstein ist er gewiß nicht; aber in den Kürsten, welche gescheitelte Pfaffen mit heimlichem Neide als „Jesuitencien" bezeichnen und selbst zu erlernen sich redlich, wenn auch nicht immer mit Erfolg, bestreben, hat der biedere Kropatscheck auch schon ganz Achtungswerthes geleistet. Was ihm aber ganz abgeht, ist die Kunst, die Hammerstein besaß, lebendig, interessant, geistreich zu schreiben: Der Herr Professor fällt in Köllerscher Manier mit der Thüre ins Haus — wenn er aber einmal durch die Blume sprechen will, so fällt er damit noch schlimmer hinein.

Ein paar Beispiele mögen das Gesagte erläutern.

Irgend ein liberales Berliner Börsenblatt hatte die übrigens ganz richtige Behauptung aufgestellt, daß, wenn das Junkerthum zu Grunde gehen würde, es trotzdem weder dem „Staate" an Beamten und Offizieren, noch dem Boden an Bebauern fehlen würde. Hammerstein würde diese Gelegenheit benutzt haben, die ganze Schale seines Hohnes über die beschnittene und unbeschnittene Bourgeoisie auszugießen und nöthigenfalls selbst vor Anleihen bei Lassalle und Marx nicht zurückgeschreckt sein. Wie anders unser guter Kropatscheck! Der wird sentimental, beschwört das „nationale" Bürgerthum, doch nicht einzuwilligen in den Untergang des Adels, mit dem es so oft Schulter an Schulter gekämpft habe u. s. w. Auf Jeden, der auch nur etwas Geschichte kennt, kann eine solche Lamentation nur erheiternd wirken; „deutscher" Adel und „deutsches" Bürgerthum haben sich stets so gut vertragen, wie Hund und Katze, nicht schlechter und nicht besser. Aber wie weit muß doch das Junkerthum herabgekommen sein, wenn sein „leitendes" Organ derartige weibische Klagelieder ableiert!

Ein anderer Fall! In einem Leitartikel wird ein begeistertes Loblied auf das preußische Dreiklassen-Wahlsystem angestimmt. Hammerstein war klüger; er gab sich von Zeit zu Zeit den Anschein, ein Gegner des Dreiklassensystems und ein, wenn auch bedingter Anhänger des Reichstagswahlrechts zu sein. Aber Kropatscheck ist gar zu plump in seinem Bestreben, sich als gehorsamsten Diener der Junker zu offenbaren: er preist mit verzückter Miene die Uebereinstimmung, in welcher das Dreiklassen-Wahlrecht mit der socialen Schichtung und wer weiß, womit sonst noch stehe. Aber — fügt er hinzu — so gut das Landtagswahlrecht Preußens sei, so schlecht sei das Communalwahlrecht. Ja, das sei so schlecht, daß es, wenns nicht geändert würde, das Landtagswahlrecht mit in den Abgrund reißen würde. In den Communen herrsche eine arge Bevorzugung der Schwerreichen, das Dreiklassensystem erscheine, namentlich in den großen Städten des Westens, in ungeheuerlicher plutokratischer Verzerrung u. s. w. u. s. w. Aus diesen ganz richtigen Vordersätzen wird dann die Schlußfolgerung gezogen, daß — die Gemeinde- und städtischen Wahlen indirect und nach dem Muster der Landtagswahlen vorgenommen werden müssen. Freilich wünscht Kropatscheck eine kleine Modification „nach dem Muster der neuvorpommerschen Städte", nämlich eine Berücksichtigung der „gewerblichen Corporationen", d. h. der Innungen, bei der Bildung der Wahlkörper. Doch das ist einfach für die Katz' — die Conservativen benutzen bekanntlich die ganze Innungsspielerei als Werbetrommel und Aushängeschild, ohne irgendwie daran zu denken, den Handwerkern einen Antheil an der Macht einzuräumen. Sonst hätten sie schon längst den Innungsverbänden ꝛc. Sitze im preußischen Abgeordnetenhause gewähren können, woran sie unseres Wissens bisher noch nicht gedacht haben.

Praktisch aufgefaßt, stellt sich also das Kropatscheck'sche Gemeindewahlrechts-Ideal einfach als eine Uebertragung des Landtagswahlrechts auf die Gemeinden dar. Das heißt: Die beiden einzigen, aber immerhin nicht unbedeutenden Vorzüge des preußischen Gemeindewahlrechts vor dem Landtagswahlrecht, die directe Wahl und die Sonderwahl der einzelnen Klassen, sollen beseitigt werden. Dumm ist nur der Grund, den die „Kreuz-Zeitung" für diese gewünschte Aenderung ins Feld führt. „Die plutokratischen Auswüchse sollen beseitigt werden." Es mag ja sein, daß die Junker ihren lieben Excartellgenossen, den Nationalliberalen, den Verlust ihrer „herrschenden Stellung" in den Städten Rheinland-Westfalens von Herzen gönnen. Aber das ist ihnen schließlich Nebensache; in der Hauptsache handelt es sich bei jenem Wunsche darum, der Socialdemokratie die Möglichkeit zu nehmen, in den städtischen Körperschaften vertreten zu sein. Und der Herr Dr. Kropatscheck glaubt wirklich, daß andere Leute so dumm sind, die Absicht nicht zu merken?

Und nur zum Schluß noch eine dritte nette Sache, die sich die „Kreuz-Zeitung" unter ihrer jetzigen ungeschickten Redaktion geleistet hat. Es war zur Zeit der schönsten Blüthe der Septemberentrüstung. Die „nationalen" Blätter überboten sich mit Vorschlägen zur Bekämpfung der „Rotte". Da durfte natürlich die „Kreuz-Zeitung" nicht zurückbleiben. Sie rückte denn auch mit einem besonderen und unfehlbaren Mittel heraus, es war aber auch danach. Bezeichnend für die Feigheit, welche seit dem Fall Hammerstein das sonst so brutal-rücksichtslose Organ der Junker befallen hat, war schon der Umstand, daß die genannte Staats- und Gesellschaftsmedizin in einem „Eingesandt" zum besten gegeben wurde, obwohl sie fraglos aus der Redaktionsstube selbst stammte. Diese bequeme Methode ist bei der „Kreuz-Zeitung" neuerdings sehr in Aufnahme gekommen.

Der angebliche Einsender offenbart der staunenden Mit- und Nachwelt, daß er früher ein „warmer Freund" des Socialistengesetzes gewesen sei. Allein, so schön (wörtlich!) dasselbe in der Theorie gewesen sei, so wenig habe es in der Praxis getaugt; darum sei er, der Einsender, Gegner eines neuen Ausnahmegesetzes.

Aber solle man deshalb unthätig der Zerstörung des Staates, Unterwühlung der Gesellschaft u. s. w. durch die „Rotte" zusehen? Diese Frage müsse er entschieden verneinen — und nun kommt das geheimnißvolle und unfehlbare Mittel: alle Beamten, bis zum letzten Schutzmann herab, insbesondere die Polizei, die „glücklicherweise" hier zu Lande noch eine große Macht besitze, müßten der Sozialdemokratie eine andere Behandlung zu Theil werden lassen, als den übrigen Parteien. Das ist das große, das unfehlbare Mittel, welches nun freilich weder der Neuheit noch der Bewährtheit sich rühmen darf. Es ist im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte massenhaft zur Anwendung gebracht worden, hat aber stets einen dem beabsichtigten entgegengesetzten Erfolg gehabt.

Wir haben diese paar Beispiele nur herausgerissen, um den Niedergang des bedeutendsten Organes der Reaction zu zeigen. Schließlich spiegelt sich in diesem Verfalle des Junkerblattes nur der unaufhaltsam fortschreitende Verfall der Junkerklasse wieder. Es geht mit ihr zu Ende.

Berliner Märztage.

Eine geschichtliche Erzählung von Michel Deutsch.

30 Nachdruck verboten.

Als Hans Hartung von dem Rencontre mit Axel von Pilgram erzählte, bot sich der Edelmann Bruno sogleich als Secundant an. Bruno nahm das Anerbieten mit Dank an. Er hatte zuerst an seinen Vetter Rechberg gedacht, doch war es ihm lieber, daß er diesen aus dem Spiele lassen konnte.

Dora hatte mit lebhafter Bewegung Hartungs Erzählung angehört. Bruno wollte sich also schlagen um ihretwillen — er, der vornehme Herr Studiosus, der Sohn eines Gutsbesitzers, wegen einer armen Schneiderstochter! Doch wie, wenn die Kugel dieses Wüstlings Pilgram ihn zu Boden streckte, wenn Bruno Vollmuth ein Opfer seines Edelmuths wurde?

Voll innerer Unruhe näherte sie sich Bruno. Sie, die Keke, Eigenwillige, Ungezügelte war jetzt verlegen wie ein Kind. Kaum zehn Worte hatte sie bisher mit dem jungen Manne gewechselt. Als er mit Hartung ankam, hatte er ihr die Hand gedrückt und sie mit freundlichem Lächeln gefragt, ob sie sich beruhigt habe. Dann hatte er sich zu den anderen gewandt, wie absichtlich, um ihrem Blicke zu entgehen.

Und dennoch — sie mußte zu ihm sprechen, sie mußte diese heimliche, bange Scheu überwinden, die ihr den Mund verschloß.

„Sie dürfen sich um meinetwillen nicht duelliren, Herr Vollmuth", begann sie leise mit zitternder Stimme.

„Weshalb?" fragte er lächelnd, indem er sie mit einem weichen, offenen Blicke ansah.

„Sie dürfen nicht, ich will es nicht", sagte sie halb bittend, halb trotzend, während ihr Mund schmerzlich zuckte.

„Dann wollen Sie, daß dieser junge Herr mich ohne Gegenwehr niederschießt, an der ersten besten Straßenecke, wie einen tollen Hund, der ihn gebissen?"

Die Augen des Mädchens füllten sich mit Thränen. Bruno ergriff die kleine zarte Hand und drückte sie herzlich.

„Sorgen Sie sich nicht um mich, Fräulein Dorchen", sagte er weich, „und messen Sie vor allem sich keine Schuld bei. Ich hätte jedes andere Mädchen, dem eine gleiche Kränkung widerfahren, ebenso vertheidigt. Daß ich gerade für Sie eintreten konnte — das schätze ich als ein besonderes Glück."

Er hatte, während er sprach, ihre Hand in der seinigen behalten. Jetzt ließ er sie los und wandte sich langsam ab, während seine Züge wieder den gewohnten, schwärmerisch-düsteren Ausdruck annahmen.

Schnick trat an Bruno heran und reichte ihm ein Blatt Papier. Er hatte bereits an die anwesenden Arbeiter eine größere Anzahl von Exemplaren der über Nacht entworfenen Adresse vertheilt und forderte Bruno auf, die Wirkung derselben zu beobachten. Ferdinand sollte gegen Abend einen zweiten Posten, in einem Semmelkorb unter Bäckerwaaren versteckt, nach den Zelten herausbringen.

Zahlreiche Gruppen hatten sich gebildet, die über den ungewöhnlichen Inhalt des Schriftstückes disputirten. Das waren nicht die hochtönenden, abstracten Worte, die man bisher in diesen Zelten-Versammlungen vernommen hatte. Das waren schlichte, reale, greifbare Gedanken, in einer Sprache vorgetragen, die zum Herzen sprach, zum Herzen dieser Geknechteten und Entmündigten, deren ganzes Wesen, noch halb unbewußt, aus dumpfer Erniedrigung zu Luft und Licht emporstrebte.

Da und dort warf einer der ehrbaren Herren im glatten Bürgerrock einen Blick in die lithographirten Blätter, um seine Nase gleich wieder herauszuziehen. Da stand nichts von einer deutschen Flotte und einem deutschen Nationalzuchthaus — was sollte man also damit anfangen? — Die Handwerksgesellen und Arbeiter lasen immer und immer wieder mit Bedacht und Vorlesung diese merkwürdigen Worte, die nicht an ihre Leidenschaften, an ihre blinden, von Unverstand beherrschten Eintags-Instinkte appellirten, sondern vielmehr zu ihrem innersten Wesen, ihren gesunden Vernunft, ihren natürlichen menschlichen Trieben und Interessen sprachen.

Es waren ihrer mehr und mehr geworden, dieser schlichten Männer der Arbeit. Aus den Werkstätten und Fabriken strömten sie noch nach Feierabend, als die Sonne bereits untergegangen war, zu Tausenden herbei und füllten die Lücken, welche die früh heimgekehrten „aufsässigen" Bürgersleute gelassen hatten. Sie waren gekommen, um die Worte zu vernehmen, die Worte „Freiheit" und „Volksrecht", die ihren Ohren so ungewohnt klangen. Aber die papiernen Revolutionäre, die diese Worte zuerst in den Mund genommen hatten, und von denen man sich in den Werkstätten und Fabriken so ungeheuerliche Dinge erzählte, waren wie weggeblasen. Sie hatten sich vor der Polizei ins Mauseloch verkrochen.

Statt dessen waren Gendarmen da, Gendarmen zu Fuß und zu Roß, mit Pistolen, Säbeln und Flinten. Und auf einmal kamen dann von den Linden her Leute, die versicherten, daß die Garde nach Sonnenuntergang aus den Kasernen ausgerückt sei und die Straßenzüge nach dem Schlosse sammt der Umgebung des Schlosses besetzt habe.

Nach Sonnenuntergang — so lange hatten sie gewartet, damit das Tagesgestirn, die ewige, allsehende Urmutter es nicht sähe, wie der Bruder gegen den Bruder, der Starke, Gewappnete gegen den Wehrlosen und Schwachen den tödtenden Stahl erhob.

Zuerst einzelne, dann mehr und immer mehr brachten sie unglaublich klingende Kunde.

„Ja doch, se können's glooben!" rief ein hübscher, roth-

Politische Rundschau.

Berlin, den 16. April.

Aus dem Reichstage. Der Reichstag hielt heute seine erste Sitzung nach den Osterferien ab. Allzuviel Abgeordnete waren im Hause nicht anwesend. Das Haus war bei weitem nicht beschlußfähig. Zu sehr erfreulichem Thun hatten sich unsere Reichsbeter auch nicht versammelt. Auf der Tagesordnung stand nämlich die zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend den unlauteren Wettbewerb, der in einer mehrmonatlichen Commissionsberathung noch verschlimmbessert worden ist. Der Gesetzentwurf ist ein Kind der sogenannten Mittelstandsbewegung, Antisemiten, conservative und ultramontane Zünftler haben sich von vornherein sehr dafür begeistert. Nachdem die Regierung ihrem Drängen nachgegeben hatte, hat sich ihnen natürlich auch die Fraction Drehscheibe angeschlossen. Man will den Reclameschwindel treffen und die guten Leute, die hier Zeter und Mordio schreien, haben natürlich keine Ahnung, daß dieser Reclameschwindel eine unerläßliche Folge der modernen capitalistischen Productionsweise ist, die dem einzelnen Gewerbetreibenden, soweit er nicht Großunternehmer ist, den Kampf ums Dasein auf's äußerste erschwert. Noth macht bekanntlich erfinderisch, und so soll nicht geleugnet werden, daß Auswüchse im geschäftlichen Wettbewerb vorhanden sind, die zu beseitigen auch unsere Genossen an und für sich bereit wären. Freilich für den grundlegenden § 1 des Gesetzes konnten sie nicht stimmen, weil darin die Commission den Begriff des unlauteren Wettbewerbs so allgemein gefaßt hat, daß dem freien, richterlichen Ermessen der weiteste Spielraum gewährt wird. Genosse Singer präcisirte unsern Standpunkt, predigte aber tauben Ohren. Die sogenannte Generalklausel wurde angenommen. Die übrigen heut verhandelten Bestimmungen waren nebensächlicher Natur. Erst morgen kommt die Hauptbestimmung des Entwurfs, die sogenannte Concurrenzklausel zur Verhandlung.

— **Das preußische Abgeordnetenhaus** ist bereits seit Dienstag wieder versammelt. Nachdem in der ersten Sitzung einige Initiativanträge erledigt wurden, begann am Mittwoch die zweite Berathung des **Lehrerbesoldungs-Gesetzes**, wonach das Grundgehalt für Volksschullehrer nicht weniger als 900 und für Lehrerinnen nicht weniger als 700 Mark betragen darf. Da es in Preußen noch circa 12,000 Lehrer gibt, die sich mit einem geringeren Gehalte begnügen müssen, so wird allerdings die Lage dieser Armen durch das Gesetz etwas gebessert, wenn auch ihre berechtigten Ansprüche keineswegs befriedigt werden. Andererseits legt ihnen das Gesetz erhebliche Härten auf; so ist besonders der § 7, welcher bestimmt, daß die Lehrer keinen rechtlichen Anspruch auf Alterszulagen haben und daß ihnen diese bei tadelhafter Führung nicht gewährt zu werden brauchen, eine Klippe, an der alle Diejenigen scheitern werden, die sich politisch in eine der Regierung nicht genehme Weise hervorthun. Der Paragraph wurde am Donnerstag nach längerer Debatte gegen die Stimmen des Centrums, der Polen und der freisinnigen Vereinigung angenommen. Die Berathung ist noch nicht erledigt.

— **Herr Peters** hat es seinen ergebenen Vertheidigern zu danken, daß immer neues Material gegen ihn an die Oeffentlichkeit gebracht wird. Die Erklärung, Peters wolle ein Buch über die Kilimandscharo-Expedition schreiben, hat den „Berliner Courier" neuerdings zu folgender Mittheilung veranlaßt:

„Es ist von den Freunden des Herrn Dr. Peters behauptet worden, daß ihr Held sich im Kriege um wilden Bildersdorfer befunden habe und daß er deshalb unter einem von einzelnen Blättern wiederholt verbreiteten Moralpfeifen gelitten habe. Natürlich in Europa muß man ganz nicht daran zweifeln, daß es der Phantasie unserer vielgeschmähten übrigen Knaben — des Adel kann ja gottlob Verbrechen, wie uns aus höherer Quelle mitgetheilt wird, gleichlich erlaubt — hängen zu lassen, weil er — eine Cigarette entwendet und auf der Stelle mit Belagen verfahren kann. Es ist allerdings bedauerlich, daß man auch aus dem in Kaffeehäusern Sache des Herrn Peters nicht erfahren konnte, mit dem Jugendfreund die Scherben der Gegenwart heute in Verfahr bringen konnte, daß nur der Tod des fröhlichen Burschen eine Besserung der Lage herbeizuführen geeignet gewesen. Ein fröhliches, munteres Kind war, das wird uns versichert, dieser junge Schwarze und deshalb der Liebling des ganzen Lagers, und so wenig schuldbewußt, daß er die aus Dattelkisten aufgebauten Stufen zur „Richtstätte" in Vermuthung zum fröhlichen Spiel hinaufsprang. Oben erwartete ihn der Barbier, die Schlinge der Tod. Das „Opfer der Staatsraison" ist also, wie man sieht, wenigstens nicht von Todesahnungen vorher gequält worden!"

Zu einer auf officiöse Quellen zurückzuführenden Auffassung haben ferner die Bemühungen des Dr. Arendt (vom „Deutschen Wochenblatt"), seinen Freund Peters auf Kosten des Dr. Kayser herauszureißen, die „Kölnische Zeitung" aufgestachelt. Es heißt da über die früheren amtlichen Untersuchungen gegen Herrn Peters:

„Die erste Untersuchung hatte manches für Dr. Peters moralisch Belastende ergeben, war aber bei dem Widerspruch der Aussagen zu dem Ergebniß gekommen, daß ein non liquet vorliege. Diesem Ergebniß entsprechend hat die Regierung die Acten Peters vorläufig geschlossen, wozu zweifelsohne der Wunsch mitbestimmend war, einen großen Colonialskandal zu vermeiden und den Verdiensten, die Dr. Peters sich um die Besitzergreifung der Colonie erworben hat, soweit wie möglich Rechnung zu tragen. Diesen Standpunkt hat auch der Director der Colonialabtheilung im Reichstag vertreten. Als dann im Reichstag das Verhalten des Dr. Peters nach verschiedenen Seiten hin eine neue Beleuchtung erhielt, hat der Director der Colonialabtheilung eine Stellung eingenommen, die ihm von der großen Mehrheit des Reichstages als eine übergroße Nachsicht gegen Peters ausgelegt wurde. Wenn wir dahingestellt sein lassen, ob dieser Vorwurf berechtigt ist, so hätten doch jedenfalls die Freunde des Dr. Peters dafür dankbar sein sollen."

Das entlastet zwar den Dr. Kaiser nicht von dem Vorwurf, übergroße Nachsicht gegen Dr. Peters geübt zu haben, es belastet aber sowohl Dr. Peters wie das gesammte Colonial-Verwaltungs-System, an dem solche Früchte reifen und das solche Vertuschungsversuche herbeiführen konnte.

— **Die Frage der Neueintheilung der Reichstagswahlkreise** wird wohl demnächst einmal wieder den Reichstag beschäftigen. Im Auftrag des Nationalliberalen Vereins in Köln hat, laut der „Köln. Zeitung", Professor Moldenhauer eine Petition an den Reichstag abgefaßt, die sich mit der gesetzlichen Regelung der Abgrenzung der Wahlbezirke Stadt Köln und Kreis Köln befaßt. Diese Petition lautet im Wesentlichen (voraus geht die Schilderung der bekannten Vorgänge, welche zur Ungültigkeits-Erklärung der Wahl von 1893 geführt haben) wie folgt:

„Bei der in Folge der Ungültigkeits-Erklärung nothwendig gewordenen Neuwahl, die am 13. Mai vorigen Jahres stattfand, wird dann ebenso wie bei der seitdem in Folge des Todes des Abgeordneten Landgerichtsrath Greiß am 13. Januar d. J. vollzogenen Ersatzwahl auch nur die im „alten" Wahlbezirk Stadt Köln wahlberechtigten Wähler an der Hand der demgemäß aufgestellten Wählerliste zur Wahl zugelassen worden, so daß diese beiden jüngsten Wahlen wohl als an sich gültig anzusehen sind. Nun hat sich aber bei dieser Sachlage ergeben, daß die Wahlberechtigten aus den ehemaligen, in die Stadt Köln eingemeindeten Vororten weder bei der am 15. Juni 1893 erfolgten Wahl des derzeitigen Abgeordneten für den Wahlkreis Kreis Köln, noch bei der des jetzigen Abgeordneten für Stadt Köln mitgewirkt haben, zur Zeit also im Reichstage nicht vertreten und so durch nach Artikel 20 der Reichsverfassung und § 1 des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869 gemeinschaftlichen Wahlrechts verlustig sind. Da die unterzeichneten Vororte nach dem Ergebniß der Volkszählung vom 1. December v. J. an Seelenzahl 105 429 Reichstagswähler umfassen, so dürfte die Thatsache, daß dieselben im Reichstage verhältnißmäßig nicht vertreten sind, in der That als ein Mißstand zu bezeichnen sein, den zu heben die gegenwärtige Petition anregen möchte. Dabei wollen die Unterzeichneten es dahingestellt und dem Ermessen des hohen Reichstages überlassen, ob es angezeigt ist, auch für spätere Wahlen den gegenwärtigen Zustand zu belassen, der die Eigenthümlichkeit in sich trägt, daß die Wahlberechtigten der jetzigen Stadt Köln zum Theil in einem Kreis mit der Stadt Köln nicht mehr deckenden Wahlbezirk Stadt Köln und zum Theil aus außerhalb der Stadt Köln liegenden Wahlberechtigten im Wahlkreis Kreis Köln zu wählen haben würden, wobei hervorzuheben, daß die Grenze zwischen beiden Gebieten — der frühere Stadtbezirk — zum Theil verwischt und unkenntlich, oder ob durch eine gesetzliche Maßnahme die Ausscheidung der mehrbezeichneten Vorte aus dem Wahlkreise Kreis Köln und die Einverleibung selben in den Wahlkreis Stadt Köln zu bewerkstelligen ist, welchem Falle dann die Stadt Köln einen einheitlichen Wahlkreis bilden würde. Jedenfalls erscheint die frühzeitige Regelung der Verhältnisse in der einen oder anderen Weise angezeigt und die Unterzeichneten haben es für ihre Pflicht gehalten, die Aufmerksamkeit des hohen Reichstages auf diesen Gegenstand lenken in der Ueberzeugung, daß derselbe sich die Abhülfe des erregten Uebelstandes angelegen lassen sein wird."

Das ist eine echt nationalliberale Halbheit. Sollen nur an der einen Stelle einige Flickarbeit machen, wohl die durchaus veraltete Wahlkreiseintheilung an vielen deren Stellen Ungerechtigkeiten viel schlimmerer Art im Gefolge hat. Aber die Neuauftheilung der gesammten Wahlkreise würde ja im Wesentlichen den Großstädten und dar in erster Linie der Socialdemokratie zu Gute kommen. Das allein hält die Parteien wie die Regierung ab, denn haltbaren Zuständen von heute ein Ende zu machen.

— **Gegen die Ladenschlußstunde** ziehen auch die Freiconservativen des Abgeordnetenhauses zu Felde. Ihr Antrag lautet: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

die königliche Staatsregierung aufzufordern, ihre Einwirkung dahin geltend zu machen, daß von den Vorschlägen der Commission für Arbeiter-Statistik, betreffend die Regelung der Verhältnisse der Angestellten in offenen Ladengeschäften, dem Vorschlag zu 1: „Offene Verkaufsstellen müssen während der Zeit von 8 Uhr Abends bis 5 Uhr Morgens für das Publikum geschlossen sein" keine Folge gegeben werde.

Der Antrag wird von 61 Abgeordneten unterstützt.

— **Gegen den Achtuhr-Ladenschluß** beabsichtigen diejenigen Innungen, deren Mitglieder neben ihrer Werkstätte offene Verkaufsgeschäfte haben, wie die Schuhmacher, Hutmacher, Handschuhmacher u. s. w., eine Petition an den Bundesrath zu richten. Die kaufmännischen Corporationen im ganzen Lande laufen Sturm gegen das bischen Arbeiterschutz für die Handlungsgehilfen. Diese sind aber leider so abhängig, meist so schön gemeinsam mit den Unternehmern organisirt, daß von einer energischen Abwehrbewegung noch nichts zu merken ist. —

— **Zur Rettung des Handwerks.** Die „Berliner Correspondenz" schreibt: Der Minister für Handel und Gewerbe hat dem königlichen Staatsministerium einen Gesetzentwurf über die Organisation des Handwerks und die Regelung des Lehrlingswesens zur Beschlußfassung zugehen lassen. —

— **Die Stichwahl in Osnabrück-Iburg** findet am Montag, 20. April, statt. Die **Nationalliberalen** sind in gewaltigen Schwulitäten, da der Durchfall ihres Candidaten nach dem Stimmenresultat der Hauptwahl sehr wahrscheinlich ist. Sie legen sich nun aufs Betteln, um zunächst die unter dem Namen „Mittelstandspartei" verkappten Antisemiten für ihren Candidaten Wamhoff zu gewinnen und berufen sich darauf, daß der bekannte Dr. Hahn (Bismarck-Hahn) mehrfach versichert habe, daß bei der Stichwahl das Eintreten der „Mittelstandspartei" für den Nationalliberalen selbstverständlich sei. Aber die Sache scheint einen Haken zu haben. Die „Hann. Post," das Organ der deutsch-socialen Reformpartei in Hannover, empfiehlt nämlich die Unterstützung des welfischen Candidaten durch die Antisemiten, die es bekanntlich im ersten Wahlgange auf 1900 Stimmen gebracht haben. „Die Kreuzzeitung" meint, es sei also völlig ausgeschlossen, daß die nationalliberale Partei den Wahlkreis behaupten könne. Die „Kreuzzeitung" scheint auch dem Welfen den Vorzug zu geben. Auch der „Hann. Cour." denkt offenbar über die Aussichten seines Parteifreundes Wamhoff sehr pessimistisch, denn wenn er auch mit noch vorhandenen Reserven der Nationalliberalen rechnet, so glaubt er sicher selbst nicht daran. Sonst würde er sich wohl kaum dazu herbeilassen, selbst die Socialdemokraten anzuflehen, sie möchten sich um

---

nergiger Junge im kaukasischen Bedeutung, mit einem bis oben hin gefüllten Sammelsack auf der Schulter, und er ergänzte Dreinschauender zu. „Kämpfer, Diegerer, Ulanen — alles is im Sattel, als denn is's Vaterland ginge."

„Is's wahr, Ferdinand?" fragte Hans Hartung, der mit Mühe seine Erregung verbarg.

„Wat ich Ihn' sage," versetzte Ferdinand, indem er seinen Sammelsack niederriß und Schnitt für Schnitt der Kasten verborgener Flugblätter übergab. „Da Schlesier liegen ganze Regimenter, jeder Kerrem hat'm se aufsitzen lassen."

Von Mund zu Munde ging die Nachricht von dem Unerhörten, Ungeheuerlichen. Wie ein elektrischer Schlag durchzuckte es die noch Zehntausender zählende Menge, und ein allgemeines Murmeln des Unwillens erhob sich.

Soldaten! Kerrem! Was war das? Wollten sie schießen auf das Volk, auf diese harmlosen, unbewaffneten Menschen, die hinausgezogen waren, nicht um „Revolution zu machen", sondern um sich den greisen, frischen, kühnen Kaiserjagen die Scene wiederspielen und in ihnen immer Entsetzen, bei harmlosen Gemüthern, ein Stündchen beschaulichen Lebensglück zu genießen?

Hatte der Kaiser von den Zinnen dieser Burgen, in deren Höhlen das Vieh des Volkes lag, unpäßlich Gefühl empfunden, daß sie selbst das letzte Band zerrissen, welches sie noch mit diesen treuen Massen der Bejerschichten verknüpfte?

„Das ist die Rebellion von oben!" sagte sich Hans Hartung, der mit gespannter Aufmerksamkeit die Stimmung der Kaltblüter beobachtet und mit der Haltung der schlesischen Kaiserjäger, Kaukasier, Perser Kosakenmütze in Vergleich gesetzt hatte. „Sie lügen selber den Ast ab, auf dem sie sitzen, die Teufelskerle! Was wird daraus werden?"

Die Kaltblüter aber überlegten und fragten nicht, was daraus werden mußte. Sie wollten vor Allem Gewißheit haben über das, was vorging, Gewißheit um jeden Preis. Sie sahen sich gedrängt, verletzt in ihrem natürlichen Rechtsgefühl, das trotz aller Unterdrückung und Verzweiflung auf dem Grunde ihrer Seele lebendig war. Es war nicht ein allgemeines Erwachen aus schwerem, dumpfem Traume, ein Erwachen aus jenem Zustande der Betäubung, in den die moralische Tretmühle dieser Kaste, die doch organisirt waren wie alle anderen Kaste, durch Jahrhunderte lange Gängelung und Knechtung versetzt worden waren. Blitze und Funken begannen zu sprühen in diesen Köpfen, und aus den erstarrten Herzen hob es wie heiße Glut empor zum Hirne.

„Soldaten! He, he, die wollen uns wir uns doch ansehen!"

„Sind wir denn Aufrührer, Verbrecher — oder friedliche Bürger, die ihre Steuern zahlen?"

„Ruf, nach dem Schloßplatz . . . nach dem Schloßplatz . . . a . . . ah!"

So tönte es allerhalben in der Menge. Der Ruf: „Nach dem Schloßplatz!" wurde zur allgemeinen Parole.

In langem Zuge setzten sich die Tausende und Abertausende in Bewegung, die wenigen Gardemen, deren Gesichter von Aufregung, Angst und Verlegenheit verzerrt waren, mit sich fortreißend. Wie mit einem Schlage waren diese vorher so zerrissenen Massen in ein einziges Ganzes umgewandelt, das von einem gemeinsamen Gedanken belebt und von einer einzigen dominirenden Kraft vorwärts getrieben wurde. Wie durch unsichtbare Gewalten waren sie zu einer höheren Einheit zusammengeschweißt, die nach ihren eigenen, den einzelnen kaum bewußten Gesetzen in Wirkung trat. Aus dem lärmenden Haufen, der sich aufhäufte von Herz zu Herz gesammelt, war ein festes Band geworden, und das erwachte Gemeinschaftsgefühl schien in wunderbarer Weise zu einer allbeherrschenden Stimmung zu erstarken.

„Wir wollen sie mal ansehen, diese Herren Soldaten," tönte es vielfach in den Reihen dieser geschlossen vorwärtsdrängenden Menge von wehrlosen Kindern und Frauen, von Bürgern, Handwerkern und Arbeitern, die nicht einsehen konnten, daß ihre bloße Existenz schon staatsgefährlich genug war, um sie mit Flinten und Bajonneten zu bedrohen.

Und da waren sie auch schon, diese Herren Soldaten: zum Angriff bereit, standen sie in dichten Colonnen vor dem Brandenburger Thore, ganze Bataillone und Schwadronen. Die Helmspitzen und Gewehre blitzten im schwindenden Halblicht der Abenddämmerung, und Haß und Feindschaft sprach aus den grimmig dreinschauenden Gesichtern.

Wie Schuppen fiel es dem Volke von den Augen: es wußte jetzt, wer der Feind war, gegen den diese Garde-Regimenter mobil gemacht waren. Nicht Frankreich war es und nicht die Schweiz — es war das eigene Fleisch und Blut, das Volk von Berlin, an dem diese Säbel und Flinten probirt werden sollten.

Ihren Unwillen nur mit Mühe verhaltend, rückte die Menge auf ihrem Zuge nach dem Schlosse stetig vor. An allen Straßenecken waren Militärpicquets aufgestellt. Die Paläste und öffentlichen Gebäude, namentlich das Zeughaus und das Palais des Prinzen von Preußen waren mit starken Truppentheilungen besetzt, als ob jeden Augenblick ein Kampf auf Leben und Tod gegen einen überlegenen Feind zu erwarten wäre.

Aus allen Nebenstraßen strömten Neugierige herbei, die durch das bunte Schauspiel des Truppenmarsches herbeigelockt waren. Die Bürgersteige wurden zu eng, um all die Menschen zu fassen, und so flutheten die Menge auf den Fahrdamm und die Reitwege hinüber. Wie ein Meer wogte sie dahin, die Linden abwärts nach dem Opernplatz, dem Lustgarten, dem Schlosse zu.

(Fortsetzung folgt.)

Gottes Willen doch wenigstens der Abstimmung enthalten. Man vernehme seine kühne Deduction:

„Es könnte demnach der welfische Freiherr v. Schele auch dießmal wieder nur auf den Krücken der Socialdemokratie in den Reichstag einziehen. Ob die Socialdemokraten indessen nicht eine Wahlenthaltung dem Eintreten für den welfischen Freiherrn vorziehen werden? Uns erscheint es undenkbar, daß bei der Stichwahl der „zielbewußte" Proletarier mit dem welfischen Großgrundbesitzer Arm in Arm marschiren sollte, trotzdem die Anhänger des Letzteren zu seinen Gunsten bereits wieder die alte, längst widerlegte Wahllüge verbreiten, daß die Nationalliberalen und ihr Candidat Wamhoff die Abschaffung des Reichstagswahlrechts im Schilde führen. Wie weit vom welfischen Adel die Vertretung der „Rechte des Volks" zu erwarten ist, das haben ja die letzten Jahrzehnte der Selbstständigkeit Hannovers zur Genüge dargethan."

Dies Gejammer wird bei unseren Genossen im Wahlkreise zweifellos den verdienten Heiterkeitserfolg erzielen; sie werden dadurch sich in ihrer Tactik bei der Stichwahl nicht beirren lassen.

— Neues aus dem Königreich Stumm. Vor einigen Wochen stand, so meldet die Zeitung: „Das Volk," die Eingemeindung von St. Arnual in Saarbrücken zur Verhandlung. St. Arnual gehörte bisher zur Gemeinde Brebach, wo Frhr. v. Stumm wohnt. Vor der entscheidenden Abstimmung ließ Commerzienrath Böcking, der Schwager Stumms, die auf der Halberger Hütte beschäftigten Arbeiter aus St. Arnual kommen und befahl ihnen nicht nur, gegen die Eingemeindung zu stimmen, sondern fügte auch die Drohung hinzu, daß jeder Arbeiter, der diesem Befehl zuwiderhandle, entlassen werden solle. „Das Volk" deutet weiterhin an, daß Stumm auch auf die Haltung des Landraths von Saarbrücken und auf die unfreiwillige Versetzung von Oberlehrern am Gymnasium in Saarbrücken einen bestimmenden Einfluß ausübe. — Das „Evangelische Wochenblatt," das 1874 als Organ der evangelischen Geistlichen des Saarreviers unter Mitwirkung Stummes gegründet wurde, zog sich den ersten Tadel Stummes zu, als es 1889 von der „Gleichberechtigung des vierten Standes" sprach. Viel schärfer ging jedoch, so lesen wir im „Volk," der Freiherr gegen das Blatt vor, als es 1895 im Anschluß an eine Reihe skandalöser Duelle im Saarrevier — bekanntlich hatten sogar die beiden Bürgermeister von St. Johann und Saarbrücken ihren Mitbürgern den Beweis ihrer Schießfertigkeit zu erbringen versucht! — eine Reihe von Artikeln gegen das Duell brachte. Der Herausgeber v. Scheven erhielt einen Drohbrief des Freiherrn, in dem ihm der Vorwurf gemacht wurde: 1. der Verletzung des Andenkens des alten Kaisers; 2. der Beleidigung des Offiziercorps; 3. der Beleidigung Stummes; 4. der Aufwiegelung zum Klassenkampf. Zu Pfarrer Lerze sagte Stumm: „Ich erwerbe mir ein Verdienst um Thron und Altar, wenn ich gegen dieser Herrn v. Scheven vorgehe." Dem Drucker des „Evangel. Wochenblatts," der gleichzeitig die Stummsche „Saar- und Blieszeitung" druckt, wurde mit der Entziehung des Druckes dieser Zeitung gedroht, wenn er irgend einen gegen Stummes Auffassung verstoßenden Artikel passiren lasse. Und so nahm denn der Drucker eigenmächtig an Artikeln des Evangelischen Wochenblattes Veränderungen vor, ja, er weigerte sich sogar, einen Abwehrartikel gegen die „Köln. Ztg." zu bringen! Ganz russisch!

— Der weimarische Landtag ist wieder zusammengetreten und hielt Mittwoch seine erste öffentliche Sitzung ab. In derselben wurde u. a. beschlossen, zu Meliorationszwecken, zur Auf- und Verbesserung kleinbäuerlicher Besitzungen ein halbe Million an Darlehnssucher, je bis zur Höhe von 10 000 Mark gegen 2½ Procent Zinsen und 2½ Procent Amortisation aus den Mitteln der Landes-Creditkasse zu bewilligen. — Der Berichterstatter Abg. v. Wurmb betonte in seinem Bericht, der Staat habe darauf zu sehen, daß der Bauernstand in seinem Besitzthum erhalten bleibe, um mit „gesunder deutscher Männerfaust" die in den Städten domicilirenden „umstürzlerischen Elemente" niederzuhalten. Der Abg. Genosse Baudert erwiderte auf diese unqualificirbare Anspielung, der Hinweis mit der gesunden deutschen Männerfaust beweise, daß Art nicht von Art lasse und daß die umstürzlerischen Elemente, wo anders als bei der Socialdemokratie zu suchen seien. Dieselbe werde keinen Anlaß geben, um auf ihrem Rücken die gesunde deutsche Männerfaust in Bewegung setzen zu lassen, sondern sei stets zu sachlichen Berathungen und Auseinandersetzungen im Interesse des gesammten Volkes auch bei rein landwirthschaftlichen Angelegenheiten bereit; gerade die Socialdemokratie wolle ja die Erhaltung des Grund und Bodens dem gesammten Volke sichern. Hierauf hatte der Herr v. Wurmb weiter nichts zu erwidern als: Er habe bisher geglaubt, die Socialdemokratie wolle das Land theilen. O, Junker-Weisheit!

Oesterreich Ungarn.

Gegenüber der Feier des 1. Mai steht das Ministerium Badeni auf demselben Standpunkte wie die Coalitionsregierung unseligen Angedenkens. Der Handelsminister Baron Glanz hat keine Bedenken getragen, aus dem Nachlaß des berüchtigten Wurmbrand auch den Erlaß an die Handelskammern zu übernehmen, worin den Ausbeutern zur gefälligen Nachachtung mitgetheilt wird, daß der Staat seinen Arbeitern die Feier des 1. Mai nicht freigebe. Das Ministerium Badeni hat den guten Geschmack des Ministeriums Windischgrätz beibehalten, den Arbeitern „eine rechtzeitige Belehrung" zu Theil werden zu lassen. Der Arbeiterschaft verschlägt diese Einsichtslosigkeit der Regierenden aber auch gar nichts. Wer nicht hören will, wird fühlen.

Schweiz.

Im Kanton Zürich wurden am Sonntag die Neuwahlen für die Verwaltungskörper des Kantons vollzogen. Die bisherigen sieben Regierungsräthe wurden wiedergewählt. Die Wahlen in den Kantonsrath ergaben für die Freisinnigen 102, für die Demokraten 91, die Socialdemokraten 9 Sitze. In der Stadt Zürich siegte im Kreis 1 und 2 die freisinnige, in Kreis 3 und 4 die demokratische und in Kreis 5 die freisinnig-demokratische Liste. Die socialdemokratischen Candidaten, Arbeitersecretair Greulich und Redacteur Seidel, wurden nicht wiedergewählt. Es ist dies eine Folge der von uns bereits erwähnten, durch einen „Demokraten" angeregten Wahlreform, wonach nicht mehr wie früher die Wahlbezirke auf Grund der Bevölkerungszahl, sondern auf Grund der Zahl der Schweizerbürger gebildet wurden. Dadurch wurden die Arbeiterviertel Zürichs sehr stark benachtheiligt.

Echt freisinnig zeigen sich auch die schweizerischen, speciell die Berner Freisinnigen. Eugen Richter muß seine helle Freude daran haben, wie seine Gesinnungsgenossen in der Schweiz genau so wie seine deutschen, Theorie und Praxis von einander zu trennen wissen. In Deutschland schwärmen die Freisinnigen für das allgemeine Wahlrecht, schränken aber in jenen Communen, wo ihr Einfluß maßgebend ist, durch Erhöhung des Census und anderer Mittelchen das vorher schon verkümmerte Wahlrecht noch mehr ein. In der Schweiz schreiben sie den Fortschritt auf ihr Panier, verhindern aber, wo es ihnen möglich ist, jeden politischen Fortschritt, jede Erweiterung der Volksrechte. So hat am Sonntag die Partei des Kantons Bern beschlossen, dem Berner Volk die Verwerfung der Initiative zu empfehlen, welche die Wahl der Regierung sowie der Abgeordneten in den Ständerath durch das Volk verlangt, einstimmig wurde ferner die Einführung des Proportionalsystems für die Wahl der Regierung und des Kantonsrathes abgelehnt.

Belgien.

Die Debatten über den Staatshaushalt werden, dem Vernehmen nach, auf die nächste Session verschoben werden. Die gegenwärtige Session ist wegen der im Juli stattfindenden Kammerwahlen sehr kurz, und es will die Regierung noch vor den Wahlen eine Reihe von Arbeitergesetzen durchberathen und zur Annahme bringen. Da aber für das Budget der Eisenbahnen, Posten und Telegraphen bereits jetzt 51 Redner eingeschrieben sind, so muß eben auf die Durchberathung des Etats verzichtet werden.

Frankreich.

Die „Petite République", deren Eingehen vor einigen Monaten von schadenfrohen Gegnern und zaghaften Freunden angekündigt ward, erfreut sich bestens Gedeihens. Sie gewinnt von Tag zu Tag an Abonnenten, und verkauft schon jetzt täglich 60—70,000 Exemplare. Da sie allen Fractionen der Socialdemokratie als gemeinsames Organ dient, so zählt sie zu den einflußreichsten Zeitungen von Paris. Ein zweites großes Tageblatt haben die französischen Socialisten: Die „Depesche" (Depêche) von Toulouse, die zwischen 2 und 3 Mal hunderttausend Exemplare absetzt und im Süden Frankreichs das leitende Blatt ist. Die „Depesche" war es, die Herrn Rességnier aufs Wirksamste bekämpft und seine Niederlage herbeigeführt hat. Einer der fleißigsten Mitarbeiter ist Jaurès — freilich reicht der Mitarbeiterkreis etwas weiter nach rechts, als bei der „Petite République"; er umfaßt auch Geblet, den ehemaligen Minister, dessen „Socialismus" ein Gemisch von kleinbürgerlicher Utopie und demokratisch angehauchtem Staatssocialismus ist.

Auch sonst hat die socialistische Presse in Frankreich sich seit dem Zusammenbruch der opportunistischen Panamapolitiker bedeutend gehoben; sie erntet die Früchte der klugen Tactik, welche die französische Socialdemokratie gegenüber dem Ministerium Bourgeois befolgt hat.

Ein „Retter vor dem Ansturm der socialistischen Masse" wird von der reactionären französischen Bourgeoisie mit ebenso großem Eifer als Erfolglosigkeit gesucht. Das verhaßte Ministerium Bourgeois wollte man zuerst in einen Gegensatz zu dem Präsidenten Faure bringen, und als dieser Versuch scheiterte, begann ein Feldzug gegen den Präsidenten. Die tonangebenden Bourgeoisblätter erzählen, daß Herr Felix Faure alles Vertrauen der arbeitenden Bürgerklasse verloren habe, und suchen ihn als Egoisten hinzustellen, der die Dinge ihren Lauf nehmen ließe, einzig darauf bedacht, sich des ruhigen Besitzes seiner hohen Würde zu erfreuen. Es fehlt bereits nicht an Andeutungen, daß man wieder Familien-Angelegenheiten vor die Oeffentlichkeit zerren werde, was allerdings nicht grade durch Originalität besticht. Natürlich fehlen nicht die Winke an die Prätendenten und auch hier und da sehr vorsichtig gehaltene an „einen Säbel." Diesen „Säbel" glaubt man in dem Prinzen Henri d'Orléans gefunden zu haben, den man in allen Tonarten feiert. Das Sehnen der Bourgeoisie nach einem dritten „achtzehnten Brumaire" zeigt so recht, wie weit der Versaulungsproceß schon gediehen ist. Indessen wird der als Dictator in Aussicht genommene Prinz sich wohl zwei Mal besinnen. War das Proletariat beim ersten „achzehnten Brumaire" noch kaum ein politischer Factor, stand es beim zweiten grollend abseits, nachdem die Junischlacht es definitiv von der Bourgeoisie getrennt hatte, so würde es beim dritten Male wohl eine andere Rolle spielen, wobei der „Säbel" zerbrechen könnte.

Wie die senatorischen Wähler des Seine-Departements über den Senat denken, das hat die durch Flequets Tod hervorgerufene, von uns schon kurz gemeldete Ergänzungswahl gezeigt, in der Barodet gewählt wurde. Der siegreiche Candidat, bisher radikaler Abgeordneter, hatte vor der Wahl ausdrücklich erklärt, für die Einberufung einer constituirenden Nationalversammlung zum Zwecke der Verfassungsrevision eintreten zu wollen. Barodets Sieg bedeutet daher einen Protest gegen den Senat und eine Kundgebung für die Reformpolitik des Ministeriums.

Die religiösen Genossenschaften verweigern, wie bereits berichtet, nahezu einstimmig die Zahlung der jährlichen Vermögenssteuer. Die Steuer beträgt 30 vom Tausend des Bruttowerthes des Vermögens für die gesetzlich anerkannten Genossenschaften und 40 vom Tausend für die nichtanerkannten. Insgesammt wird der jährliche Steuerertrag auf 1½ Millionen geschätzt, das Vermögen der Genossenschaften auf 600 Millionen. Trotzdem die Zahlungsfrist für die am 1. Januar l. J. fällige Steuer um drei Monate verschoben worden war, sind nun bisher bloß 171,000 Franken eingegangen. Die Regierung wird also zu der vom Gesetze vorgesehenen gewaltsamen Steuereintreibung schreiten müssen.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprocesse.

Der Majestätsbeleidigung wird der in Friedrichsberg bei Berlin wohnhafte Arbeiter H. durch seine eigene Frau bezichtigt. Der Angeschuldigte ist verhaftet worden. So schauen die Ergebnisse des Septembercurses aus: Frauen und Kinder denunciren die eigenen Gatten und Eltern. Die Achtung vor den Sittengeboten wird durch nichts sicherer unterwühlt, als durch die künstlich großgezogene Denunciantenseuche.

Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich in Schneidemühl vor der Strafkammer der Arbeiter Kirschnik aus Czarnikau zu verantworten. Während der Verhandlung war die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Das Urtheil lautete auf ein Jahr Gefängniß.

Aus Chemnitz wird geschrieben: Am 10. d. Mts. hatte Genosse Albin Langer eine Vernehmung beim Chemnitzer Landgericht wegen Majestätsbeleidigung. Dieselbe soll begangen sein durch Verbreitung der Märznummer.

Der „Königsberger Hartung'schen Zeitung" wird aus Bartenstein gemeldet, daß ein Musiker aus Schippenbeil wegen Majestätsbeleidigung zu acht Monaten Gefängniß verurtheilt wurde.

München, 14. April. Wegen der Annonce, in der ein pensionirter Gymnasiallehrer zum bevorgestandenen Geburtstag des Prinzregenten seine noch neue Uniform zum Verkaufe anbot, ist gegen den damaligen Expeditor der Münchener freien Presse und gegen den Inserirenden Anklage wegen Beleidigung des Prinzregenten erhoben.

Wegen Majestätsbeleidigung verurtheilte am 11. April die Strafkammer in Fürth den 50jährigen Schlosser und Komiker Konrad Dusche aus Preßburg zu drei Monaten Gefängniß. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate beantragt. Dusche, ein geringfügig vorbestrafter Mann, dessen guten Leumund selbst der Staatsanwalt anerkannte, soll am 31. Januar im Amtsgerichtsgefängniß Erlangen mehreren Gefangenen gegenüber ungehörige Aeußerungen über den deutschen Kaiser gemacht haben, die er entschieden in Abrede stellte. Der Denunciant war ein 56 Mal vorbestrafes Individuum.

Gerichtliches.

Von der Anwendung des preußischen „Versammlungsrechts". Der Werkführer A. hatte in einer Vereinsversammlung die Anwesenden aufgefordert, am Morgen des zweiten Pfingstfeiertages einen gemeinschaftlichen Spaziergang zu unternehmen und schließlich sich an einem bestimmten freien Platze im Walde zur Anhörung von Vorträgen und zum Absingen von Liedern zu versammeln, ein Vorschlag, der programmmäßig ausgeführt wurde. Aus diesem Thatbestande wurde A. in letzter Instanz vor dem Kammergericht wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes bestraft, weil er zu einer unter freiem Himmel abgehaltenen öffentlichen Versammlung aufgefordert habe, für deren Abhaltung eine schriftliche Genehmigung der Ortspolizeibehörde nicht ertheilt war. Das Kammergericht führte nach Mittheilung der „D. Jur. Ztg." aus: Für den Begriff der öffentlichen Versammlung im Sinne des Vereinsgesetzes ist es gleichgiltig, ob die Menschenmenge einer gewissen Parteirichtung angehört, und welchen Zweck die Versammlung verfolgt. Es sind vielmehr alle öffentlichen Versammlungen gemeint. Daher bezieht sich das Gesetz auch auf solche Versammlungen, welche nur gesellige Zwecke verfolgen.

Eine Anstalt à la Brauweiler. Vor der Strafkammer in Halle a. S. hatten sich am 9. April der frühere Inspector des städtischen Siechenhauses, Bonge, und der frühere Oberwärter dieser Anstalt, Beyer, wegen roher Mißhandlung von Pfleglingen der Anstalt zu verantworten. Ersterer ist wegen dieser Vorkommnisse seiner Zeit vom Dienste suspendirt, Beyer entlassen worden. Vor Gericht ergab sich, daß der Inspector Bonge Pfleglinge öfter durch Ohrfeigen oder Faustschläge gezüchtigt, einen Insassen auch einmal fünf Stunden lang an eine Säule im Saale der Anstalt mit einem langen Stricke angebunden hatte, daß Beyer Pfleglinge in kalte Isolirzellen gesperrt hatte, während Beiden keinerlei Befugniß zu Disciplinarmitteln zustand. Der Staatsanwalt beantragte gegen Bonge sechs Wochen Gefängniß. Das Gericht nahm sechs Fälle von Mißhandlungen als erwiesen an, erkannte aber in Hinsicht auf das dem Inspector ausgestellte gute Zeugniß gegen diesen nur auf 180 Mk. Geldbuße oder für je 5 Mk. einen Tag Gefängniß; der Wärter wurde freigesprochen. Als mildernd kam in Betracht, daß die Beamten es zum Theil mit widerspenstigen, vielfach bestraften, zum Theil blödsinnigen Personen zu thun hatten.

Vermischtes.

„Die hohe Aristokratie unserer Hofkreise scheint in demonstrativer Weise darin zu wetteifern, zum Begräbniß des Ceremonienmeisters v. Schrader kostbare Kränze, Palmen und Blumengewinde zu spenden". So schrieb die „Vossische Zeitung", und wenn man die vielen hochgeborenen Namen aufgezählt liest, die sich an dieser „Demonstration" betheiligt haben, so sollte man meinen, daß in der Leiche des niedergeknallten königl. Ceremonienmeisters eine Art preußischer Nationalheiliger zu Grabe geleitet worden sei. Allerdings waren wegen der Trauerfeier einige Schwierigkeiten gemacht worden, denn weder die Friedenskirche noch die Garnisonkirche zu Potsdam wollten sich der Familie zur Veranstaltung des Pompes aufschließen, und von dem Ortsgeistlichen an St. Georg in Ratzeburg, wo die Schrader'sche Familie ihr Erbbegräbniß hat, wird sogar berichtet, daß er seine Theilnahme an einem kirchlichen Begräbniß versagt habe. Bei der Mittwoch abgehaltenen Beerdigung hat der Hofprediger Wendland, mit recht gelinden Worten allerdings, das Duellverbrechen zu rügen gewagt. Was natürlich nicht hindern wird, daß diese Gesellschaft nach wie vor dem Abgrund entgegenrennt.

Stadt-Theater.
Freitag:
„Besonderer Umstände halber"
„Esperanza".
Sonnabend:
„Fedinalia".

Lobe-Theater.
Heute und folgende Tage:
Gastspiel des Deutschen Volkstheaters.
„Eine tolle Nacht".

Victoria - Theater.
(Pionierstr. Saal).
Budapester Possen-Theater.
Anfang des Concerts 7 Uhr.
Beginn der Vorstellung 7½.

„Harmonie",
Klaricistraße 27.
Täglich:
Große Künstler-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Circus Renz.
Breslau, Tauentzienplatz.
Freitag, d. 17. April 1896,
Abends 7½ Uhr:
Große brillante Vorstellung.
Aufführung des großen, militärischen Ausstattungsstückes:
1870|71
mit Lanzen, Gruppirungen, Gefechten zu Fuß und zu Pferde in zwei Abtheilungen, von Director **Franz Renz**, und dem Großherzogl. Hofballetmeister **A. Siems**.
Außerdem: Auftreten von nur Künstlerspecialitäten allerersten Ranges. Vorführen u. Reiten der bestdressirten Freiheits-, Spring- und Schulpferde. Auftreten sämmtlicher Clowns und des beliebten Original-August **Mr. Lavater Lee.**
Erlaß 6½ Uhr.
Anfang pünkt. 7½ Uhr.
Ende circa 10½ Uhr.
Kassenöffnung im Circus Vormittags von 11—2 Uhr und Nachmittags von 5 Uhr ab ununterbrochen, an Sonn- und Feiertagen von Vormittags 10 Uhr ab. Der Billetvorverkauf für numerirte Plätze findet in dem Cigarren-Geschäft des Herrn **G. A. Schloh**, Schweidnitzerstr. 58 (Ecke Zwingerplatz), an Wochentagen von Vormittags 10 Uhr bis Nachmittags 5 Uhr und Sonntag von 11 bis 2 Uhr statt.
Morgen Sonnabend, Abends 7½ Uhr: Aufführung des großen militärischen Ausstattungsstückes:
1870|71.
Sonntag, den 19. April 1896:
2 Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr Extra-Vorstellung mit besonders zur Belustigung der Jugend gewähltem Programm. **Tjo Hi Eu** mit dem bekannten Schellenwind. Zu dieser Vorstellung hat jeder Besucher das Recht, auf das von ihm gelöste Billet ein Kind unter 10 Jahren frei mit einzuführen.
Abends 7½ Uhr
außerordentl. Vorstellung.
1870|71.
Franz Renz, Director.

Das billigste
Brot!!!
bekommen Sie nur allein bei
Robert Kursave
Andersstraße 12.

! Brot !
groß u. schmackhaft,
feine Fein- und Weißbrote
liefert zu Bäckern
Paul Zorowka,
64, Kurzegasse 65.

Die Ziele
der sozialdemokrat. Partei
Volkstümlich erläutert von
Gustav Kessler.
Preis 15 Pfg.
Zu beziehen durch die Exped. d. Bl.

57 75 57 57 57 57 57 57 57

Herren-Garderobe

Complette Anzüge in allen Stoffarten und nur reeller Ausführung empfehle ich **billiger als Ueberall.**

Eduard Freund,
Neuschestr. 57, Ecke Hinterhäuser.

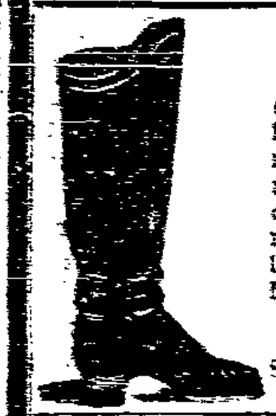
836

Herren- **Halbschuhe**

in Leder zum Schnüren oder mit Zug von	4,50 Mk. an
in braunem Leder dto.	5,50 „ „
in Segeltuch mit Ledersohle dto.	2,25 „ „
in Lasting, „Kellnerschuhe"	4,50 „ „
Radfahrer-, Turner- und Sportschuhe von	2,00 „ „

Damen-Halbschuhe
in Leder Schnür-, Knopf- od. Zug von 4,00 Mk. an
in farbigem Leder von 4,50 Mk. an
in Segeltuch mit Gummi- oder Ledersohle von 1,85 Mk. an
Hell und schwarze Ballschuhe von 2,75 Mk. an
Hausschuhe, Pantoffel v. 0,50 Mk. an
Zeuggamaschen und Niederschuhe von 2,00 Mk. an
4039 Kinderschuhe, größte Auswahl, sehr billig.
Ludwig Herz, Blücherplatz Nr. 4.

5000 Stück
Strohhüte, garnirt und ungarnirt von 25 Pf. an,
Spitzenhüte, einfach und eleganteste,
Echte Straussfedern in allen Farben, lange v. Mk. 1.50 an.
Hutblumen in Stoff, Sammt und Seide, aller erdenklichste Auswahl, von 5 Pfg. an,
137 **Trauerhüte** ständiges Lager, jede Preislage,
W. Kupper, Special-Haus für Damen-Put.
32 Gräbschenerstr. 32, zwischen Hallen- u. Friedrichstr.



Das **Schuhwaarengeschäft**
Schweidnitzerstraße 38
empfiehlt seine in nur denkbar größter Auswahl bestehenden vielen Waaren, welche, wie ich nach wie vor behaupte, trotzdem eleganter gearbeitet und mindestens das Dreifache zum Strapaziren aushalten, billiger verkauft werden, als Fabrikwaare. Für meine Reellität spricht die öffentliche Meinung in meinem enorm großen Kundenkreise.
H. Christmann,
842 Schuhmachermeister.
Bitte genau auf Firma zu achten.

Paul Hanke
Friedrich-Wilhelmstr. 7
vis-à-vis
Gebr. Roesler's Brauerei.
Fabrik 858
Grosse Auswahl in Herren- u. Knaben-Filz- u. Strohhüten.
Chapeau-Claque, Cylinderhüte, nur eigenes Fabrikat.
Reparatur-Werkstatt. Billigste Preise.

Geld in jeder Höhe auf Pfänder aller Art
E. Bless, Pfandleihinstitut,
Louisenstrasse 17. 811

Paul Quitt, Schuhmachermeister
Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 1. 3866
empfiehlt mein großes Lager selbstgefertigter
dauerhafter Schuhwaaren
für Herren, Damen und Kinder.
Herren-Zugstiefel 6.50 Mk., Damen-Zugstiefel 5 Mk.
Kinder-Zugstiefel 2,75 Mk., Kinderschuhe, gefüttert v. 50 Pf. an

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.
Sonnabend, den 18. April 1896
im Etablissement „Tivoli", Neudorfstraße 35:
V. Stiftungsfest 861
bestehend in Tanzkränzchen bei vollem Orchester, großer Polonaise mit überraschenden Ueberraschungen. Zu den Zwischenpausen: Vorträge.
Entree: Herr mit Dame 60 Pf., einzelne Dame 30 Pf.
Einladungskarten sind bei den Mitgliedern zu haben.
Um recht zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Sonntag, den 19. April cr., Vormittags 11 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
des 865
Verbandes der Bauarbeiter
(Zahlstelle Breslau)
im Etablissement „Sachsenhof", Schweidnitzerstraße 12.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen F. Krause-Hamburg. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Jedem neu Eintretenden ist Zutritt. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.
Entree 10 Pfg. Der Einberufer.

Eisdorf bei Striegau.
Sonntag, den 19. April 1896, Nachmittags 3 Uhr, im Gasthause des Herrn **Radewagen** zu **Eisdorf**
General - Versammlung
des Arbeiter-Vereins für den Amtsbezirk Eisdorf.
Tagesordnung: 1. Rechnungslegung vom letzten Quartal. Vorlesung. 3. Verschiedenes und Stellungnahme zur Maifeier.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Bunzlau und Umgegend.
2 große Volks-Versammlungen
Sonntag, den 19. April, Nachmittags 3 Uhr im Saale des Herrn **B. Stanke zu Warthau.**
Abends 7½ Uhr im Kronen-Saal zu **Bunzlau.**
Tagesordnung.
1. Die politische Lage.
2. Freie Diskussion. Referent: Reichstagsabgeordneter **Aug. Kühn** aus Langenbielau.
Um zahlreiches Erscheinen ersuchen
Entree 10 Pfg. **Die Vertrauenspersonen.**

Oderthor.
Kein Ausverkauf.
Nur stets reellste und billigste Bedienung, bei streng festen Preisen.

Bigogne, alle Farben, Lage	nur 7 Pfg
Strickwolle, alle Farben	12 „
Strumpfwolle, Lage	12 „
Unterzeug, 1000 Fd.	20 „
Oberzeug, 200 „ Rolle	7 „
Häkelgarn, alle Farb., Rolle	6 „
Strickzwirn, Zwirn, 2 Zpln.	15 „
Herrenlocken	von 20 Pf. an.
„ Krawatten	„ 15 „ „
„ Kragen, 4fach Leinen	„ 30 „ „
„ Halsbinder	„ 25 „ „
Taschentücher	„ 5 „ „
Handtücher	„ 20 „ „
Unterröcke	„ 100 „ „
„ mit Stickerei	„ 125 „ „
Kopftücher	„ 35 „ „
Woll. Kindermützen	„ 25 „ „
„ Kapuzen	„ 50 „ „
Kinderhemden	„ 15 „ „
Damenhemden	„ 80 „ „
„ Hosen	„ 100 „ „
„ Röcken	„ 100 „ „
Schürze	„ 150 „ „
Schwarzseiden, 1 Meter lang	„ 18 „ „
Gardinenstäbe	„ 25 „ „
Steppdecken, echtfarbig	„ 100 „ „
Tischdecken	„ 25 „ „
Bettdecken	„ 40 „ „
Blumentöpfe	„ 35 „ „
Gardinen	„ 20 „ „
Sachen	„ 18 „ „
Stoffe zu Kleidern	„ 21 „ „
Bettfedern	„ 75 „ „
Arbeitshemden	„ 100 „ „
Arbeitshosen	„ 160 „ „
Große Partie Damenkragen mit Pelz u. Tasche	„ 75 „ „

sowie 1000 andere Artikel zu streng festen, aber stets billigsten Preisen
839 **Nur** bei
Hermann Ehrlich,
Matthiasplatz 2.

Franz Bregulla,
Breslau, Breitestraße 42,
empfiehlt 320
zur gefälligen Beachtung sein neueröffnetes
Cigarren-, Brie-, Tabaks- und Commissions-Geschäft.

Striegau.
Arbeiter-Verein
Sonntag, den 19. April d. J. Nachmittag 3 Uhr im Gasthof zur Stadt Breslau.
Beitragserhebung und Aufnahme neuer Mitglieder. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Bunzlau und Umgegend.
Meinen Freunden und Parteigenossen empfehle ich zur Frühjahrssaison mein großes Lager von Filzhüten mit Arbeiter-Controlmarke zu noch nie dagewesenen Preisen, sowie auch Sommermützen für Herren und Knaben spottbillig
A. Römer,
Burgleben 18.

Empfehle dem geehrten Publikum meine 880
Stroh- und Filzhut-Fabrik
geneigter Beachtung. Auch werden alle Arten Hüte gewaschen, gefärbt, modernisirt und garnirt.
A. Mai,
Neue Junkernstraße Nr. 24.

Die Geschichte des britischen Trade Unionismus,
vollständig in 7 Lieferungen
à 75 Pfg.
Auch gebunden zu beziehen in Bänden zu
6,50 Mk. und 7,50 Mk.
Vorräthig in der
Exped. d. Bl.

Zwei Tage Etatsdebatte.
Stenographischer Bericht der Verhandlungen des Reichstages über den Septemberkurs am 11. und 12. Dezember 1895
Preis 15 Pfg.
Zu beziehen durch unsr. Colporteure
Exped. d. „Volkswacht"

Vereins-Kalender

Breslau.

Verband der Lederarbeiter Deutschlands. Alle 14 Tage Sonnabends, Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung in Schmid's Restaurant, Grenzhausgasse 4.

Central-Kranken- u. Sterbe-Kasse der Böttcher. Sonnabend, den 18. April: Kassenabend im Jänsch'schen Brauerei, Heinrichstraße 5.

Ortsverein der Handschuhmacher. Sonnabend, den 18. April, Abends 8 Uhr: Versammlung der Mitglieder bei Friedrich. — Wahl des Vertreters zum Gewerkschaftscongreß.

Sonnabend, den 18. April:

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Section Klempner). Jeden Sonnabend von 8—10 Uhr: Zahlabend und Umtausch der Bibliotheksbücher in Zabel's Restaurant, Kl. Groschengasse 15.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tabakarbeiter Deutschlands (E. H.) Abends von 8—10 Uhr: Kassenabend in Eölich's Brauerei, Neumarkt 8. Aufnahme neue Mitglieder.

„Union". Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter (Zuschußkasse). Kassenlocal: Herrenstraße 19. Heiders Brauerei. Kassentage u. Aufnahme neuer Mitglieder Sonnabend von 8—10 Uhr.

Metallarbeiter-Verband (Zahlstelle Breslau Schlosser). Abends von 8—10 Uhr: Kassenabend, Umtauschen der Bibliothekbücher und Aufnahme neuer Mitglieder im Local „Merkur" Schuhbrücke Nr. 42.

Allgemeine Kranken- u. Sterbe-Kasse der deutschen Drechsler und der verwandten Berufsgenosse (E. H. 88, Hamburg) Abends von 8—10 Uhr: Kassenabend in Leupold's Restaurant Hummerei Nr. 32.

Verein Deutscher Cigarrensortirer. Zahlstelle Breslau. Kassenabend von 8—10 Uhr bei Herrn Bölkel, Hinterhäuser 26.

Verband der Buchbinder ꝛc. (Zahlstelle Breslau.) Mitgliederversammlung und Zahlabend im Vereinslocal „Hotel zu den drei Bergen," Büttnerstraße 33. — Gäste stets willkommen.

Unterstützungsverein für alle in der Hut- und Filzwaarenindustrie beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen (Filiale Breslau). Kassenabend Abends v. 8—10 Uhr im „rothen Löwen", Kupferschmiedestraße 21 — Aufnahme neuer Mitglieder.

Localverband deutscher Zimmerer. Breslau. Abends von 8—10 Uhr: Kassenabend des Verbandes der Zimmerer Breslau's, sowie Zahlabend der Central-Krankenkasse im „Grünen Hirsch", Oderstraße Nr. 3. — Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband deutscher Gold- und Silberarbeiter und verw. Berufsgenossen. — (Zahlstelle Breslau.) — Abends 8 Uhr: Vereins- und Kassenabend in Rüsters Lokal, Lehmdamm 28. — Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Sattler, Tapezierer und Berufsgenossen. Die Mitglieder-Versammlungen finden Sonnabends nach dem 1. und 15. jeden Monats im „Grünen Bergel" Kupferschmiedestraße 29 statt. — Arbeitsnachweis täglich von 8—9 Uhr Abends.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter (Hamburg). Abends 8 Uhr: Kassenabend und Aufnahme neuer Mitglieder in Heider's Brauerei, Herrenstraße 19 (Ecke Engelsburg).

Localverein der Stroh- und Filzhutarbeiter und Arbeiterinnen Breslaus. Sonnabend, den 11. d. Mts.: Kassenabend von 8—10 Uhr im Vereinslocal, Junkernstraße 6.

Central-Verein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Breslau). Vereinsabend im Restaurant „zum Bär an der Orgel", Kupferschmiedestraße 39.

Allgem. Kranken- u. Sterbe-Kasse der Metallarbeiter (E. H. 29.) Abends von 8—10 Uhr und jeden Sonntag nach dem 15. jeden Monats von 12—1 Uhr Kassentag im „goldnen Hecht" Neuschestraße 65. — Aufnahme neuer Mitglieder.

Verantwortlich gemäß § 7 des Preßgesetzes: R. Barbach; — Redaction und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6; — Verlag von O. Schütz & Co.
Druck von Th. Schatzky; — Sämmtlich in Breslau.

Beilage zu Nr. 90 der „Volkswacht“.

Freitag, den 17. April 1896.

Die Reichscommission für Arbeiterstatistik

trat am Dienstag in Berlin unter dem Vorsitz des Unterstaats-Secretärs Lohmann zusammen. Die Tagesordnung betraf die Vornahme mündlicher Vernehmungen von Auskunftspersonen über die Verhältnisse in der Knabenconfection. Für die Berliner Herren- und Knaben-Confection waren als Auskunftspersonen erschienen: von den Confectionären Zweig, in Firma Rosenbaum und Hannes; von den Zwischenmeistern Mattscheck, Behling und Rohrlack; von den Arbeitern Meseck, Zuschneider, Pagels, Schneider, Fräulein Schiack, Näherin, Fräulein Goldnick, Stepperin, Pilawa, Schneider, Benzin, Schneider, Frau Meinicke, Näherin, Frau Thamm, Näherin und J. Timm. Außerdem waren als Auskunftspersonen erschienen Fabrikbesitzer Weigert und Stadtmissionar Scharpff. Die Vernehmungen erstreckten sich auf die Art der Production und die bei der Confection zur Anwendung kommenden Betriebsformen, sowie auf die socialen Verhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen. Weitere Auskunftspersonen, deren Vernehmung mehrere Tage in Anspruch nehmen wird, sind geladen aus Stettin, Aschaffenburg, Stuttgart und Echterdingen bei Stuttgart, für die sogenannte Arbeiterconfection aus Lübbecke, Herford und Gadderbaum bei Bielefeld, für die Damenconfection aus Berlin, Breslau und Erfurt. Ueber die Vernehmungen wird stenographisch Protocoll geführt.

Am Mittwoch wurden die Verhandlungen fortgesetzt. In der Vormittagssitzung wurden Auskunftspersonen aus Aschaffenburg vernommen. Erschienen waren der Confectionär Johann Desch, die Schneider Karl Brämer und Lorenz Hefter, die Näherin Frau Merhard, die Schneidergesellen Alfons Wald und Michael Hefter. Die Vernehmungen wurden geleitet von dem Unterstaatssecretär Lohmann. Der Confectionär Desch giebt zunächst einen Ueberblick über die Entwickelung der Confectionsindustrie Aschaffenburgs. Er habe im Jahre 1874, nachdem er schon vorher in der dortigen Umgegend mit fertigen Confectionsproducten auf den Märkten umhergezogen, in Aschaffenburg ein Detailgeschäft eröffnet. Er habe es verstanden, sich Arbeiter auf dem Lande heranzubilden. Sehr bald habe sich sein Geschäft zu einem bedeutenden Engrosgeschäft entwickelt. Später haben sich eine Anzahl Concurrenzgeschäfte dort angesiedelt. Durch die gegenseitige Concurrenz seien dann allerdings die Löhne im Laufe der Jahre erheblich herabgedrückt worden. Die Preise für Röcke variiren zwischen 70 Pfg. und 1,50 Mk.; in Ausnahmefällen wird indeß auch bis zu 1,80 Mk. bezahlt; die Preise für Paletots bewegen sich zwischen 1,80 Mk. und 2,50 Mk., Hosen werden mit 22 bis 60 Pfg., Westen mit 25 bis 60 Pfg. bezahlt. Die Vernehmungen der für die Confectionsgeschäfte thätigen Personen fördern krasse Mißstände zu Tage. Ein Zwischenmeister beschäftigt 4 Gesellen. Frau und Tochter des Meisters arbeiten mit. Die Arbeit beginnt Morgens 5½ Uhr und dauert bis Abends 9 Uhr. Ruhepausen sind unbekannt: nach Beendigung der Mahlzeiten wird die Arbeit gleich wieder aufgenommen. Die Gesellen bekommen Kost und Logis beim Meister. An Wochenlohn erhalten sie je nach der Leistung 3 bis 6,50 Mk.

Die Ermittelungen ergaben weiter, daß fast überall die Bügeleisen mit Holzkohlen geheizt werden. Der entströmende Dunst wirkt äußerst schädlich auf die Gesundheit ein. Es kommt vor, daß in solchen Werkstätten, in denen am Tage gebügelt wird, Nachts Arbeiter schlafen. Vielfach wird auch Nachts bis 12 und 1 Uhr, nicht selten sogar durchgearbeitet. Die Arbeiter beklagten sich allgemein über die außerordentliche Concurrenz der Landschneider, die sich zu den denkbar niedrigsten Löhnen anbieten. Die jungen Leute kommen vom Lande in die Stadt, erlernen einige Handfertigkeiten und gehen dann wieder zurück auf das Land zu ihrer Familie, die dann insgesammt für Confectionsarbeiten herangebildet wird. Als Beispiel dieser Concurrenz wurde angeführt, daß es in der Umgegend von Aschaffenburg 15jährige Zwischenmeister giebt, die schon wieder Arbeiter beschäftigen. Es wird ferner festgestellt, daß ein großer Theil der Confection jetzt auf dem platten Lande fertiggestellt wird.

In der Nachmittags-Sitzung wurden Ermittelungen über die Verhältnisse der Stuttgarter Herren- und Knabenconfection vorgenommen. Als Auskunftspersonen waren erschienen der Confectionär Levy-Berlin, früher in Stuttgart, der Zwischenmeister Karl Wind und Josef Lehr, die Schneidergesellen Jakob Riedmüller und Gustav Schultes, die Westennäherin Frau Umgelter und der Zwischenmeister Wilhelm Frick aus Echterdingen bei Stuttgart. Die Vernehmungen wurden geleitet von dem Regierungsdirector v. Schicker aus Stuttgart. Herr Levy giebt einen Ueberblick über die Entwickelung der dortigen Confection. Zwei Drittel der dortigen Producte werden in der Umgegend Stuttgarts angefertigt. Für Paletots wird von 1,80 Mk bis 3 Mk., in Ausnahmefällen bis 4 Mk. bezahlt, für Jaquets von 1,70—2,80 Mk., für Hosen und Westen von 60 Pf. bis 1 Mk. Durch die Concurrenz eines bedeutenden Detailgeschäftes seien die Löhne in der letzten Zeit wesentlich herabgedrückt. Herr Levy äußert sich noch dahin, daß es sehr wohl angängig sei, höhere Löhne in der Confection zu gewähren, denn Geschäftsinhaber, die nur klein angefangen haben, erzielen jetzt einen bedeutenden Gewinn. Die Unternehmer seien Concurrenten unter sich, sie drücken die Preise ständig herunter; gegenüber den Forderungen der Arbeiter stehen sie aber stets geschlossen da. Die Vernehmungen der Arbeiter bestätigen auch hier die elenden Zustände der Hausindustrie. Die Arbeitszeit ist sehr lang und der Lohn äußerst herabgedrückt. Das Kohlenbügeleisen kommt dort ausschließlich zur Anwendung. Es wird berichtet, daß in der Werkstätte eines Zwischenmeisters gekocht, mit Holzkohlen-Eisen gebügelt und überdies noch Wäsche getrocknet wird. Bei einem anderen wird in zwei Schichten gearbeitet: während die eine Arbeiterschicht thätig ist, schläft die andere in demselben Raume.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

69. Sitzung vom 16. April, 2 Uhr

Das Haus tritt in die zweite Lesung des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes.

§ 1 des Entwurfs lautet nach den Beschlüssen der Commission (Berichterstatter Abg. Dr. Meyer-Halle freis. Vgg.):

„Wer in öffentlichen Bekanntmachungen oder Mittheilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind, über geschäftliche Verhältnisse, insbesondere über die Beschaffenheit, die Herstellungsart oder die Preisbemessung von Waaren oder gewerblichen Leistungen, über die Art des Bezugs oder die Bezugsquelle von Waaren, über den Besitz von Auszeichnungen, über den Anlaß oder den Zweck des Verkaufs unrichtige Angaben thatsächlicher Art macht, die geeignet sind, den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen, kann auf Unterlassung der unrichtigen Angaben in Anspruch genommen werden. Dieser Anspruch kann von jedem Gewerbetreibenden, der Waaren und Leistungen gleicher oder verwandter Art herstellt, oder in den geschäftlichen Verkehr bringt, oder von Verbänden zur Förderung gewerblicher Interessen geltend gemacht werden, soweit die Verbände als solche in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten klagen können.

Neben dem Anspruch auf Unterlassung der unrichtigen Angaben haben die vorerwähnten Gewerbetreibenden auch Anspruch auf Ersatz des durch die unrichtigen Angaben verursachten Schadens gegen denjenigen, der die Angaben gemacht hat, falls dieser ihre Unrichtigkeit kannte oder kennen mußte.

Im Sinne der vorstehenden Bestimmungen sind den Angaben thatsächlicher Art, bildliche Darstellungen und sonstige Veranstaltungen gleich zu achten, die darauf berechnet und geeignet sind, solche Angaben zu ersetzen. Erfolgt die öffentliche Bekanntmachung in einer periodischen Druckschrift, so ist der Anspruch auf Ersatz des entstandenen Schadens gegen die für den Inhalt der Druckschrift verantwortlichen Personen nur zulässig, wenn der verantwortliche Redacteur die Unrichtigkeit der Angaben kannte, oder wenn derselbe einen Verfasser oder Einsender nicht nachweist, der sich im Bereich der richterlichen Gewalt eines deutschen Bundesstaates befindet.

Unter Waaren im Sinne dieses Gesetzes sind auch landwirthschaftliche Erzeugnisse, unter „gewerblichen Leistungen“ auch landwirthschaftliche zu verstehen.

Abg. Bassermann (natl.) beantragt, den letzten Satz im Absatz 3 zu streichen und dafür folgende Bestimmung zu setzen:

„Sind die unrichtigen Angaben in einer Druckschrift gemacht, so kann ein Anspruch auf Ersatz des verursachten Schadens gegen diejenigen Personen, die bei Herstellung oder Verbreitung der Druckschrift mitgewirkt haben, dann nicht geltend gemacht werden, wenn die unrichtigen Angaben im Auftrag eines Dritten in die Druckschrift aufgenommen worden sind und dies aus der Art der Bekanntmachung erkennbar hervorgetreten ist, oder Falls letzteres nicht der Fall ist, wenn auf erfolgte Aufforderung der Verfasser oder Einsender nachgewiesen wird. Haben die genannten Personen die Unrichtigkeit der Angaben gekannt, so bleibt es bei den Bestimmungen des Absatzes 2.“

Ferner, dem § 1 folgenden vierten Absatz hinzuzufügen:

„Die Verwendung von Namen, welche nach dem Handelsgebrauch zur Benennung gewisser Waaren dienen, ohne deren Herkunft bezeichnen zu sollen, fällt unter vorstehende Bestimmungen nicht.“

Abgg. Schmidt-Elberfeld und Traeger (freis. Volksp.) beantragen, den zweiten Absatz, wie folgt, zu fassen:

„Ansprüche auf Unterlassung der unrichtigen Angaben und auf Schadenersatz können gegen diejenigen Personen, welche bei Herstellung und Verbreitung einer Druckschrift als Verleger, Drucker oder deren Angestellte mitgewirkt haben, dann nicht geltend gemacht werden, wenn die unrichtigen Angaben im Auftrage eines Dritten in die Druckschrift aufgenommen worden sind und dies aus der Art der Bekanntmachung selbst erkennbar hervorgetreten ist.“

Abg. Singer (Sociald.) beantragt, im Absatz 1 die Worte „über geschäftliche Verhältnisse insbesondere“ zu streichen.

Abg. Roeren (Centrum) beantragt, im Absatz 3 statt der Worte: „Erfolgt die öffentliche Bekanntmachung“ u. s. w. bis „befindet“ folgende Bestimmung einzusetzen:

„Die Bestimmung des vorstehenden Absatzes findet gegen die nach § 21 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 für den Inhalt einer Druckschrift verantwortlichen Personen nur insoweit Anwendung, als dieselben die Unrichtigkeit der Angaben kannten.“

Abg. Lenzmann (freis. Vp.) befürwortet den Antrag Singer, er hält im übrigen den ganzen Gesetzentwurf nicht für zweckmäßig. Deutschland sei nicht reif für derartige feinfühlige Unterscheidungen, das mag für den französischen code civile passen, wir sind noch nicht so weit, werden vielleicht aber noch einmal dahin kommen.

Abg. Singer (Soc.) schließt sich den Ausführungen Lenzmann's an, möchte das Gesetz aber noch aus anderen Gesichtspunkten betrachten. Wie wir uns bei der Abstimmung über den Gesammtentwurf stellen werden, hängt davon ab, wie derselbe sich, namentlich in Bezug auf § 9 und 10, im Lauf der zweiten Lesung gestalten wird. Dem, was der Vorredner über französisches und deutsches Rechtsgefühl gesagt hat, pflichte ich bei. Die Unsicherheiten, die Frankreich in 30—40 Jahren überwunden hat, stehen uns noch bevor. Der deutsche Richter ist nicht im Stande, die geschäftlichen Verhältnisse mit ihren für jede Branche wechselnden Bräuchen und Geschäftsausdrücken zu überschauen. Er muß sich also auf die Aussagen von Concurrenten des Angeklagten stützen. Wo soll da das Vertrauen zu derartigen Richtersprüchen herkommen? Ein anderer Gesichtspunkt ist der, daß bei derartig kautschukartigen Bestimmungen Urtheile zu Stande kommen, über die der Gesetzgeber sich selbst am meisten wundern wird. Die Vorgänge der letzten Jahre sollen uns eine dringende Warnung sein, ein Gesetz von derartig dehnbarem Charakter zu erlassen. Der Chikane, der Denunciation, dem Concurrenzneid wird durch dieses Gesetz ein neues, weites Gebiet eröffnet. Dieses Gesetz geht darauf aus, nicht die Consumenten vor Uebervortheilung zu schützen, sondern den ehrlichen Kaufmann vor unlauterer Concurrenz zu bewahren. Dabei aber bedient es sich denunciatorischer Elemente im Kaufmannsstande, um den ehrlichen Kaufmann zu chikaniren. Statt der Generalklausel wäre es besser, Mängel, die sich später noch herausstellen, durch Zusatzbestimmungen zu beseitigen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Bassermann (natl.): Bei einer so schwierigen Materie wie der vorliegenden, würde er naturgemäß auch für die Gerichte einer Uebergangsperiode bedürfen. Die Gerichte werden sich aber auch mit diesem Gesetze zu unserer Zufriedenheit abfinden. Die Generalclausel ist durchaus nothwendig. Wenn z. B. Jemand über den Umfang des Lagers unrichtige Angaben macht, so muß das auch unter den unlauteren Wettbewerb fallen. In andern Ländern hat man auch mit der generellen Bestimmung erfolgreich operirt. Er empfiehlt im Weiteren seinen Antrag, wonach Schadensersatzanspruch bei unrichtigen Angaben in Druckschriften unzulässig sind, wenn sie unerkennbar im Auftrage eines Dritten gemacht wurden.

Abg. Roeren (Centr.) wendet sich gegen den Antrag Singer; wer einen wirksamen Schutz gegen den Reclameschwindel wolle, muß der Commissionsvorlage zustimmen. Die Generalclausel ist nothwendig, denn empfiehlt Jemand seine Waaren unter Beigabe von Attesten, so fällt er nach der ursprünglichen Fassung nicht unter § 1, selbst wenn alle diese Atteste Falsifikate sind. Der Ausdruck „geschäftliche Verhältnisse“ ist aus dem Handelsgesetzbuch her ein feststehender juristischer Begriff. Unsere Rechtsprechung wird sich, wenn sie auch leider in letzter Zeit zu sehr formalistisch geworden ist, mit dem Gesetze abfinden. Nehmen Sie den Gesetzentwurf an, es ist dann unmöglich, daß von ihm ein redlicher Geschäftsmann betroffen wird.

Staatssecretär von Bötticher: Die Generalclausel ist auch von den verbündeten Regierungen lebhaft erörtert worden, eine Regierung ist sogar lebhaft für die Clausel eingetreten, schließlich ist auch diese zu anderer Ueberzeugung gekommen. Auch ich bitte Sie noch einmal, es bei der ursprünglichen Fassung zu belassen. Mit den Schadensersatzansprüchen ist bei der heutigen Praxis der deutschen Gerichte nicht viel zu machen. Sehr richtig ist in dem Commissionsberichte darauf hingewiesen, daß in Frankreich eine ganz andere Auffassung herrscht. Der Begriff „gefährliche Verhältnisse“ ist zu unbestimmt und Sie werden eine sehr schwankende Rechtsprechung erleben. Ich halte es für viel richtiger in einem Specialvergehen den unlauteren Wettbewerb zu verfolgen und diese einzelnen Fälle dem § 1 einzufügen statt dieser dehnbaren Generalclausel. Bezüglich dieser Einzelfälle lassen wir gern mit uns reden. Die Generalclausel wird Sie aber nicht zu dem ersehnten Ziele führen. Ich rathe Ihnen, sich die Sache doch noch sehr zu überlegen. Ich muß mich, ohne die Stellung der verbündeten Regierungen zu präjudiciren, gegen die Generalclausel erklären.

Abg. Dr. von Langen (deons.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Lenzmann, der stark übertrieben habe und in für die Beibehaltung der Generalklausel. Die Befürchtungen vor verkehrten Richtersprüchen seien unbegründet. Die Strafrichter, die in letzter Zeit gewiß oft verwunderliche Urtheile gefällt haben, hätten mit dem § 1 gar nichts zu thun.

Abg. Dr. Vielhaben (Antis.) spricht sich für Beibehaltung der Generalklausel aus.

Die Debatte über die Anträge Singer und Lenzmann wird geschlossen.

Es folgt die Berathung des Absatzes in § 1, der von der öffentlichen Bekanntmachung unrichtiger Angaben in Druckschriften und dem Schadensersatzansprüchen handelt.

Abg. Roeren (Ctr.) empfiehlt den von ihm gestellten Antrag, der die Verantwortlichmachung des verantwortlichen Redacteurs oder Verlegers einer Druckschrift für den Inhalt von Annoncen und Reclamen unmöglich machen will.

Abg. Bassermann (natl.) empfiehlt seinen schon erwähnten Antrag. Der Antrag Roeren schütze den Redacteur nicht genügend, denn er lasse die anonymen Inserate ganz außer Acht. Sein Antrag entspreche auch den Wünschen der Zeitungen selbst, die hundert an der Zahl, den verschiedensten Parteirichtungen angehörend, sich mit dem Antrag einverstanden erklärt haben.

Geh. Rath Wilhelmi hält den Antrag Bassermann für zu complicirt und erklärt sich mit dem Antrage Roeren einverstanden.

Abg. Dr. Vielhaben (Antis.) beantragt den ganzen Passus über die Druckschriften zu streichen. Die Presse habe nicht das Recht auf Ausnahmebestimmungen, sie sei in keiner anderen Lage als der Agent eines Großunternehmens. Sie hat im Interesse des Publikums alle Reclamen sorgfältig zu prüfen. Die Annoncen seien viel leichter zu prüfen wie der übrige (redactionelle) Theil der Zeitung, der im Gegensatz zu dem Annoncentheil sehr schnell fertig gestellt werden müsse.

Zur Verhandlung wird der zweite Antrag Bassermann gestellt, der bei den Waaren eine Ausnahme machen will, die einen Herkunftsort im Namen führen, ohne damit die Herkunft bezeichnen zu wollen.

Abg. Roeren (Centrum) hält diesen Antrag für überflüssig. Jedermann wisse, daß z. B. „Berliner Blau“ auch anderswo hergestellt werde. Das Publikum müsse irregeführt werden, wenn die Bestimmungen des Gesetzes Anwendung finden sollen. Anders liegt die Sache, wenn mir Rüdesheimer Wein angeboten wird und ich erhalte dann eine andere Sorte.

Abg. Schmidt-Elberfeld (freis. Vp.) ist für den Antrag Bassermann.

Abg. Singer (Soc.) hält den Antrag Bassermann für durchaus nothwendig. Es handelt sich nicht bloß um Wein, sondern um Dinge, die für den Gebrauch minder Bemittelter von größerer Bedeutung sind.

Staatssecretär von Boetticher: Wenn Sie den Absatz 1 in der allgemeinen Fassung der Commission, annehmen werden, so auch den Antrag Bassermann annehmen müssen. Unter Jauerscher Wurst versteht man Wurst, die in Jauer ihren Ursprung hat, nicht solche die nach Jauerscher Art zubereitet ist. Harzer Käse soll auch im Harz hergestellt sein. Lehnen Sie den Antrag Bassermann ab, so nöthigen Sie unseren Handel, die Bezeichnung seiner Waaren, die von Alters her eine bestimmte Beschaffenheit der Waaren bezeichnen, aufzugeben. Der Mittelstand würde besonders schwer geschädigt werden. Sie beschwören wirklich unabsehbares Unheil durch gerichtliche Auslegung durch die Ablehnung des Antrages Bassermann herauf.

Die Debatte über den ganzen § 1 wird nach unwesentlichen weiteren Reden geschlossen.

Die Anträge Lenzmann und Singer werden gegen die Stimmen der Socialdemokraten und freisinnigen Gruppen abgelehnt.

Absatz 1 und 2 der Commissionsfassung wird angenommen.

Zu Absatz 3 wird der Antrag Roeren angenommen, die Anträge Bassermann und Vielhaben sind dadurch hinfällig. Abs. 4 der Commissionsfassung wird angenommen.

Bei Absatz 5 wird der Antrag Bassermann gegen die Stimmen der Conservativen und den größten Theil des Centrums, der Antisemiten und Polen angenommen.

§ 1 wird mit den beschlossenen Anträgen angenommen, ebenso werden die §§ 2—4 ohne Debatte genehmigt.

Den § 5, welcher bestimmt, daß auf Anordnung des Bundesraths festgesetzt werden kann, daß bestimmte Waaren im Einzelverkehr nur in vorgeschriebenen Einheiten der Zahl, der Länge und des Gewichtes feilgehalten werden dürfen (Zuwiderhandlungen sollen mit Geldstrafe bis 150 Mark eventuell Haft bestraft werden), beantragt

Abg. Dr. Vielhaben zu streichen. Nach Annahme der Generalclausel sei der Antrag überflüssig.

Abg. Jakobskötter (deons.) hält den Paragraph für besonders nothwendig, um das Gesetz wirksam zu machen.

Unterstaatssecretär Rothe vertheidigt gleichfalls den Paragraphen unter Rücksicht auf die vielen Gewichtsverschleierungen, die besonders im Kleinverkehr vorkommen.

Abg. Singer (Soc.): Die Ausführungen des Abg. Vielhaben sind mir um so unverständlicher, als dieser Paragraph 5, gegen den sie sich kehrten, der wichtigste des Gesetzes ist. Im Gegensatz zu dem Vorredner bin ich aber dafür, daß die Ausführung dieser Bestimmung nicht dem Bundesrath überlassen, sondern gesetzlich festgelegt wird. Unterläßt man dies, so würde die unweigerliche Folge der Nichzwang der Bierflaschen sein. Daraus ergäbe sich eine Vertheuerung der Flaschen und somit auch eine des Bieres. Gegen diese wenden sich Producenten und Consumenten auf's energischste.

Paragraph 5 wird hierauf unverändert nach dem Commissionsantrage genehmigt, ebenso debattelos die Paragraphen 6, 7 und 8.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Berathung. Zweite Lesung des Gesetzes über die Gewerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften.

Schluß 5 Uhr 30 Min.

Locales.

Breslau, den 17. April 1896

* Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuerrolle des Stadtkreises Breslau für das Steuerjahr 1896/97 wird in der Zeit von Montag, den 20., bis einschließlich Sonnabend, den 25. April d. J., öffentlich ausliegen. Die Auslegung findet statt in dem Gewerbesteuer-Amte, Elisabethstraße 10 im 3. Stock, Zimmer 55, von 9—12 Uhr Vormittags und von 3—5 Uhr Nachmittags. Da die Einsichtnahme nur den Gewerbetreibenden des hiesigen Veranlagungsbezirks gestattet ist, hat sich jede die Rolle einsehen wollende Persönlichkeit durch Vorlegung der erhaltenen Gewerbesteuerzuschrift für das Steuerjahr 1896/97 zu legitimiren.

* Zur Erleichterung des Besuches der Berliner Gewerbe-Ausstellung werden vom 1. Mai dieses Jahres ab, auf den Stationen der Preußischen Staatsbahnen Sonder-Rückfahrkarten nach Berlin zu ermäßigten Preisen ausgegeben. Die Ausgabe der Sonder-Rückfahrkarten erfolgt während der Dauer der Ausstellung in den Directionsbezirken Breslau und Kattowitz an jedem Mittwoch und Sonnabend mit Ausnahme der nachstehend bezeichneten Tage: 23. Mai, 17. und 20. Juni, 4. und 15. Juli. Außerdem bleibt der Ausschluß weiterer

Tage während der Manöverzeit noch vorbehalten. — Es werden zwei Sorten Sonder-Rückfahrkarten ausgegeben, die eine mit Giltigkeit für alle Züge, die andere Sorte „giltig für Personenzüge". Die Giltigkeitsdauer der Sonder-Rückfahrkarten beträgt 10 Tage, einschließlich des Lösungstages. Die Rückfahrt muß spätestens am letzten Tage der Giltigkeitsdauer bis um 12 Uhr Mitternacht angetreten werden und darf nach Ablauf dieses Tages nicht mehr unterbrochen werden. Fahrtunterbrechung ist einmal auf der Rückreise gegen Bescheinigung des Stationsbeamten gestattet. Auf der Hinreise nach Berlin ist Fahrtunterbrechung ausgeschlossen. Findet eine solche dennoch statt, so verliert die Fahrkarte sowohl für die Weiterreise als auch für die Rückfahrt ihre Giltigkeit. Kinder vom vollendeten vierten bis zum vollendeten zehnten Lebensjahre, sowie jüngere Kinder, für welche ein besonderer Platz beansprucht wird, werden zur Hälfte des Fahrpreises für Erwachsene befördert. Auf eine Sonder-Rückfahrkarte zum vollen Preise werden 25 Kilogramm, auf eine solche zum halben Preise (Kinderfahrkarte) 12 Kilogramm Freigepäck gewährt.

* **Stadtverordneten-Versammlung.** In der gestrigen Sitzung wurde u. a. die Frage des hiesigen Straßenbahnwesens erörtert und auf die in der „Volkswacht" über diese Angelegenheit gebrachten Artikel Bezug genommen. In Folge Raummangels können wir den ausführlichen Bericht erst in der morgigen Nummer bringen.

* Theater-Nachrichten. Aus den Theater-Bureaus: Im Stadttheater setzt heute Freitag Fräulein Nelly Hönigswald von den vereinigten Stadttheatern in Graz als Cyprienne in dem Sardou'schen Lustspiele gleichen Namens („Divorçons") fort. Die Inscenirung ist als Regie-Probe Herrn Julius Riedt übertragen worden, der auch das den Abend einleitende einactige Lustspiel von Olga Wohlbrück „Besonderer Umstände halber" in Scene setzen wird. Das amüsante kleine Stück ist an vielen deutschen Bühnen mit Erfolg gegeben worden. Am Sonnabend wird die lustige Suppé'sche Operette „Fatinitza" zum dritten Male aufgeführt. Für Sonntag ist Verdi's große Oper „Aïda" auf den Spielplan gesetzt. Fräulein Katharina Rosen, die mit Ende dieser Saison Breslau verläßt, um einem Ruf an das Hamburger Stadttheater zu folgen, wird darin zum letzten Male während ihres hiesigen Engagements die Titelpartie singen.

* Circus Renz. Nächsten Sonnabend, den 18. April, findet eine große Gala-Vorstellung mit zum Theil neuen Nummern statt. Sonntag, den 19. April, werden zwei große Vorstellungen, um 4 Uhr Nachmittags und 7½ Uhr Abends, gegeben. Um 4 Uhr Nachmittags gelangt das farbenreiche Schaustück „Tjo Ni En" (chinesische Neujahrsnacht) zur Vorstellung. Das Stück spielt in einem der großen Höfe des geräumigen Palastes eines chinesischen Großen. An dem Feste nimmt der Kaiser Theil. Zum Schluß ertönt der originelle Schellentanz. Das sehenswerthe Stück ist arrangirt und inscenirt vom Herrn Director Fr. Renz. Zu dieser Nachmittags-Vorstellung hat jeder Besucher das Recht, auf das von ihm gelöste Billet ein Kind unter zehn Jahren unentgeltlich einzuführen.

* Vermißt. Der 17 Jahre alte Arbeiter Hermann Claudiz hat sich am 7. d. Mts. aus der Wohnung seines Vaters, Lorenzmusstraße 18, entfernt. Da er bis jetzt spurlos verschwunden ist, wird angenommen, daß ihm ein Unglück zugestoßen ist. Er ist mit grauem Jackelanzug, schwarzem Hut und Halbstiefeln bekleidet.

* Unglücksfälle. Ein Kutscher wurde im Streit von einem Lohngärtner in eine Hand gebissen und mußte in Folge dessen Hilfe im Allerheiligen-Hospital nachsuchen. — Auf dem Christophoriplatz stürzte ein Bahnarbeiter zu Boden und zog sich schwere Kopfwunden zu. Der Verunglückte wurde mittelst Droschke in seine Wohnung auf der Hirschstraße geschafft. — Auf der Tauentzienstraße kam ein Reisender beim Verlassen eines Wagens der elektrischen Bahn zu Fall und verletzte sich einen Arm in schwerer Weise. — Am 15. d. Mts. Nachm. stürzte auf der Lohestraße ein Glaser zu Boden und zog sich eine überaus stark blutende Wunde am Hinterkopf zu.

* Ein Betrüger. Ein Gasthofbesitzer aus Rybnik hatte sich vom 8. bis 11. d. Mts. auf einer Geschäftsreise befunden und am 9. d. Mts. sich auch hier aufgehalten, wo er die Bekanntschaft des 21 Jahre alten Reisenden Artur Seydel machte. Als der Gasthofbesitzer an demselben Tage Breslau wieder verließ, fand sich Seydel auf dem Bahnhof ein, um sich von der Weiterreise jenes Mannes zu überzeugen. Bald darauf telegraphirte er nach Rybnik an die Frau des Gasthofbesitzers, indem er sich dessen Namen beilegte und verlangte die sofortige Zusendung von 200 Mark. Die Frau des Gasthofbesitzers schickte das Geld alsbald ab. Seydel nahm es in einem hiesigen Hotel in Empfang und verschwand dann, ohne seine Schuld im Hotel beglichen zu haben. Als der Gasthofbesitzer am 11. d. Mts. nach Rybnik zurückkehrte und ihn seine Frau fragte, warum er so eilig 200 Mark gebraucht habe, stellte es sich bald heraus, daß die Frau einem Schwindler in die Hände gefallen war. Seydel wird zur Verhaftung gesucht. Er hat dunkelblondes Haar und schwachen blonden Schnurrbart.

* Diebstähle. Einem Krankenwärter von der Lehrstraße wurde ein hellgrauer Ueberzieher entwendet. — Aus der Wohnung einer Drechslerfrau auf der Oelsnerstraße wurde eine Damenuhr mit Nickelkette gestohlen. — In der Nacht zum 14. d. Mts. drang ein Dieb in ein Geschäftslokal am Nicolaistadtgraben, nachdem er die von der Straße in das Geschäft führende Eingangsthür aufgesprengt hatte. In dem Geschäft erbrach er ein kleines Schränkchen und entnahm demselben 40 Mk. Eine in demselben Schränkchen liegende silberne Taschenuhr ließ er unberührt liegen. — Am 10. d. Mts., Abends, wurde einem Schneider auf der [illegible] ein schwarzer mit Seide gefütterter Gehrock im Werthe von [illegible] Mk. entwendet.

* Mit Beschlag belegt wurden ein goldener Damenring, ein Ring mit blauem Stein und drei Perlen, ein Ring mit rothem Stein und eine silberne Cylinderuhr mit [illegible]. Diese Uhr bildet Eigenthum des Bäckergesellen [illegible]. [illegible] Eigenthümer der Ringe werden aufgefordert, sich bald in Zimmer [illegible] des Sicherheitsamts zu melden.

* Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängniß wurden am [illegible] d. Mts. [illegible] Personen eingeliefert. — Abhanden kamen eine kleine silberne Schale in länglicher Form mit durchbrochenen Seitenrändern, eine silberne Damen-Cylinderuhr, ein goldenes Medaillon, ein Portemonnaie mit [illegible] Mk. — Gefunden wurden ein Ring, ein goldener Ring mit Perlen, ein Armband und [illegible] Stück Versicherungsmarken.

[illegible] Der Verein Breslauer Cigarrenhändler hielt am Mittwoch, den 1[illegible] d. Mts., Nachmittags 4 Uhr, in Reichke's Brauerei, Reichenstraße, eine Versammlung gegen den Ladenschluß um 9 Uhr Abends ab. [illegible] Der Ladenschluß um 9 Uhr Abends ist der [illegible] Ruin der Cigarrenhändler. Die anwesenden [illegible] Personen stimmten [illegible] für Ablehnung der Vorlage des Bundesraths und nachdem verschiedene Redner ihrer Empörung und Entrüstung Ausdruck gegeben über diese Regierungsvorlage, nahm die Versammlung, in der auch die Socialdemokratie gebührend [illegible], folgende Resolution an den Bundesrath an:

„Die am 15. April, Nachmittags, in Reichke's Brauerei versammelten Breslauer Cigarrenhändler protestiren ganz energisch gegen die Vorschläge des Bundesraths, [illegible]. Sie erkennen darin nur einen unnöthigen Eingriff in ihre Rechte. [illegible] und Nebeneinnahmen [illegible] zu einer Zeit der unbedeutende Verkauf von Cigarren gewonnen werden soll, [illegible] über die Erwerbsgrenze im Handelsgewerbe geschaffen ist."

Stadt-Theater. Donnerstag, den 16. April: „Fatinitza". Komische Oper in drei Acten (mit Benützung eines, dem Faublas entlehnten älteren französischen Stoffes) von F. Zell und Rich. Genée. Musik von Suppé. Die geringe Productivität unserer zeitgenössischen Operettencomponisten und die Güte ihrer auf den Markt gebrachten Waare kann nicht auffälliger hervortreten, als wenn uns wieder einmal eine jener älteren Musteroperetten geboten wird. Als Suppé, der eigentliche Vater der Operette, mit seiner „Fatinitza" auftauchte, hieß auch die Losung des gesammten gesellschaftlichen Verkehrs nur Fatinitza, gebrummt, gesungen und declamirt wurde Ton- und Wortdichtung, kein Wunder, wenn das Werk, ohne das Gesetz des unerlaubten Nachdrucks und der Vervielfältigung des Notenmaterials zu übertreten, in kurzer Frist geistiges Eigenthum aller nur etwas mit musikalischen Ohren ausgestatteten Theaterbesucher war. Die blendenden Farben sind dem Werke bis heut erhalten geblieben, der Melodienzauber und der Humor jeder Scene haben kaum unter dem bekannten „Zahne der Zeit" gelitten. Wie kommt es nun, daß gerade die Vorzüge dieses Werkes gegenüber denjenigen der Producte der letzten Jahre so auffallend günstig hervortreten? Die moderne Gesellschaft leidet an hochgradiger Nervosität, ja die Krankheit gehört so zum guten Tone, daß bei nicht bemerkten Symptomen man womöglich nach dem Ehrengerichte ruft. Nun bringt es aber diese Nervenüberreizung mit, daß den Trägern derselben beruhigende Kost, welche etwa einen günstigen Einfluß ausüben würde, durchaus nicht behagt. Sie fühlen sich nur noch mehr gelangweilt, ihre Constitution verlangt schärfere Sachen. Diesen Wünschen trägt nun natürlich jeder Geschäftsmann bereitwilligst Rechnung und auf den musikalischen Menus der Saison erscheinen ganz gehörig gewürzte Delikatessen. Der Gaumen wird ja mit diesen Paprica-Potpourris wenigstens einmal ordentlich gekitzelt, ob die Speise ein zweites Mal noch wirkt, ist allen gleichgiltig. Wozu ist der Küchenchef ein mit allen Hunden gehetzter Mann? Unsere Operettencomponisten, wenigstens die des letzten Decenniums, mit Ausnahme Zellers, sind im vollsten Sinne des Wortes Collegen dieses Küchenpotentaten. Sie schaffen weniger selbstständig, sie bereiten nur nach bewährten Recepten zu. Einer hat dem anderen einen wirkungsvollen Tric abgelauscht und schon hat er ihn selbst angewandt. Daß dieses Nachmachen geradezu gefahrbringend ist, will keiner eingestehen. Was dort gezündet hat, muß es hier auch thun; so wird nach ihrer Meinung logisch geschlossen. Aber weit gefehlt: erstens ist dieser sogenannte Tric doch wieder nur ein mal schmeckendes Ragout ein mit Hindernissen, zweitens wird niemals daraus erleben, wenn Gleichgesinnte dasselbe thun. An diesem Nachschreiben und Copiren geht in erster Hinsicht die etwa noch vorhandene Originalität zu Grunde; man kann dann gemüthlich wohl einige „gute Nummern" constatiren, sonst befindet man sich fortwährend in der angenehmen Lage, in den Melodien, Harmonien und Instrumentaleffecten alte Bekannte begrüßen zu können. So sieht die neuere Operette musikalisch aus. Die Librettis nun sind vollends geeignet, dieses Genre der Bühnendichtungen dem zu frühen Grabe in die Arme zu werfen. Gewiß, es ist schwerer, ein wirksames Operettensujet zu finden, als eine zu einem Opernterte geeignete Begebenheit ausfindig zu machen. Es fehlt diesen sogenannten Librettisten eben an einer gewissen Harmlosigkeit, mit der ihre älteren Collegen Vieles, sehr Vieles erreichten. Genau wird den Wünschen des Publikums Rechnung getragen, ob aber der dieser Wünsche [illegible] als Product der dichterischen Thätigkeit eine Eintagsfliege herauskommt, kümmert sie nicht. Ein Schlager einer Saison ist bei ihnen schon [illegible] werth. Alle suchen ihr Heil in der Ausnutzung der Erotik, sie müssen: Zweideutigkeiten finden und haben ihr sicheres bestimmtes Publikum. Suppé's „Fatinitza" steht gegen diese Mängel hoch erhaben da. Nicht nur daß der Melodienstrom mit der Frische eines im Frühling eben erwachten Bächleins rauscht, auch der Text entspricht den Anforderungen, die ein gesundes Herz und gesunder Verstand zu stellen berechtigt sind. Die Aufführung im Stadttheater war eine geradezu glänzende, ist doch ein glänzender Theaterfundus, wie ihn eine Operettenbühne haben muß, der Aufführung einer Operette besonders günstig. Herr Will, der auch den Haremschef mit unbezwinglicher Komik spielte, hat in Ausstattung das denkbar Höchste geleistet. Herr Kapellmeister Prüwer hatte mit einem Geschick die landesgefürchteten Tolturen benannt, als Dirigent er zweifellos nur [illegible] und Dichter [illegible] die Noten lebenswerth. Von den Solisten waren der Alten Fel. Rödl und Herr Martini ganz in ihrem Elemente. Die Herren Marr, Schubert, Lemmert, Kühlmann und die Damen Sebald, Grohmann, Stauffen und Göbke leisteten durchweg Hervorragendes.

H. W.

Schlesien.

Strehlen. Nachdem Herr Nikolaier der Stadt Strehlen den [illegible] Mark für den Steinbruch geboten, [illegible]

Schweidnitz. [illegible] Vom Schwurgericht wurde die Magd Pauline Bunke aus [illegible] wegen Kindesmordes zu [illegible] Jahren Gefängniß verurtheilt.

Waldenburg. Die [illegible]

Altwasser. Am Dienstag wurde der [illegible] Joseph [illegible]

Tarnowitz. [illegible] April. Selbstmord. In der [illegible] hatte sich der Eisenbahnmaschinist [illegible] erhängt, [illegible] Frau und [illegible] Kinder. [illegible]

Beuthen OS., 15. April. Der Mörder Klakus aus Kattowitz wurde gestern geschlossen in das hiesige Gerichtsgefängniß eingeliefert. Derselbe ist geständig und seine Aburtheilung wird bestimmt in der am 4. Mai cr. beginnenden Schwurgerichtsperiode erfolgen.

Tremessen, 15. April. Vandalismus. Hierselbst wurden Nachts auf dem evangelischen und jüdischen Friedhofe sämmtliche Denkmäler zertrümmert und Gräber zertreten. Der Staatsanwaltschaft ist Anzeige erstattet worden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 16. April. Das „Berl. Tagebl." schreibt: „In Bezug auf das parlamentarische Vorgehen gegen den überhand nehmenden Duellunfug schweben im Augenblick noch Erörterungen unter den Parteien des Reichstages. Es steht noch nicht fest, ob man die Form einer Interpellation oder einer Resolution wählen wird. Jedenfalls überwiegt die Ansicht, der über den Fall Kotze tief erregten öffentlichen Meinung Genüge zu thun und die Regierung zum Nachdruck aufzufordern, daß sie mit allen zulässigen gesetzlichen und disciplinarischen Mitteln dem Duellunfug entgegentritt.

Die „Freis. Ztg." bestätigt, daß über die Duellfrage zwischen den Parteien des Reichstags Verhandlungen über die Form einer Initiative für eine Verhandlung im Reichstage stattfinden. Die Centrumspartei beräth darüber Donnerstag Abend.

— Die conservative Fraction des Reichstages hat heute beschlossen, den Erlaß des Bundesraths über die Arbeitszeit im Bäckergewerbe im Plenum zur Besprechung zu bringen, jedenfalls in Form einer Interpellation.

— Das Duell zwischen von Kotze und dem Studiosus von Schrader findet, wie der „Localanzeiger" bestätigt, nicht statt. Nachdem bereits der Termin des Zweikampfes, der wieder unter sehr schweren Bedingungen stattfinden sollte, auf Freitag Nachmittag angesetzt war, ist es den vermittelnden Bemühungen der in dieser Angelegenheit thätig gewesenen Persönlichkeiten in letzter Stunde gelungen, den Streit auf friedliche Weise beizulegen.

Altona, 16. April. Die Hamburg-Altonaer Arbeiter haben über die Mohr'sche Margarine den Boykott verhängt. Heute wurde nun die Boykott-Commission, die aus den Genossen Stabbert, Grübel, Peeck, Geertz und Heine besteht, aus unbekannten Gründen verhaftet. Im Bureau der Commission im Salon „Karlsruhe" erschienen heute Nachmittag nicht weniger als sechs Criminalbeamte und beschlagnahmten dort sämmtliche Schriftstücke und Materialien der Boykottcommission, wobei sie auch Sammellisten des Gewerkschafts-Cartells mitnahmen. Die Mitglieder der Boykottcommission, welche sie dort nicht antrafen, wurden auf der Straße aufgegriffen oder von der Arbeit geholt und dann in Haft genommen. Sämmtliche Listen derjenigen Händler, welche erklärt hatten, keine Mohr'sche Margarine zu führen, sind auch der Polizei in die Hände gefallen, so daß es einstweilen nicht möglich sein wird, sie zu veröffentlichen. Wenn noch etwas gefehlt hätte, um Stimmung für das Vorgehen der Mohr'schen Arbeiter und den Boykott zu machen, so hat die Polizei es glücklich durch die Verhaftung fertig gebracht, es hinzuzufügen. Eine bessere Agitation für sich können die ausgesperrten Mohr'schen Arbeiter gar nicht wünschen.

Peine, 16. April. Die Maurergesellen sind in einen allgemeinen Streik eingetreten. Sie verlangen 35 Pfennig für die Stunde anstatt 32, die sie bisher erhielten.

Wilhelmshaven, 16. April. Das Torpedoboot S 46, das ebenfalls gesunken war, wird durch Pumpen und Dichten wieder flott gemacht und nach Wilhelmshaven geschleppt werden.

Dortmund, 16. April. Die organisirten Tischler sind in den Ausstand eingetreten. Eine zahlreich besuchte Streikversammlung wurde wegen Tumults polizeilicherseits aufgelöst.

Brüssel, 16. April. Der socialistische Gemeinderath der Fabrikstadt Seraing bei Lüttich, des Sitzes der Cockerill'schen Werke, hat gestern Abend beschlossen, den 1. Mai für einen gesetzlichen Feiertag zu erklären. Alle Polizeiverordnungen sind für diesen Tag aufgehoben. Alle Einwohner Seraings werden eingeladen, an diesem Tage im Rathhause zu erscheinen und Ehrenwein zu trinken.

Verviers, 16. April. Die Textilarbeiter im Arrondissement Verviers haben durch Referendum beschlossen, am Freitag in den allgemeinen Weberausstand einzutreten, weil die Arbeitgeber darauf bestehen, in den Fabriken das Websystem von zwei Stühlen einzuführen.

London, 16. April. Die „Daily News" erfahren aus angeblich guter Quelle, die Regierung werde im Herbst ein Corps von 10000 britischen Soldaten nach Egypten senden zwecks Wiedereroberung des Sudans. Die amtliche Ankündigung werde wahrscheinlich erst nach der Vertagung des Parlaments erfolgen. Der „Daily Telegraph" bringt eine ähnliche Meldung.

— Der Pockenepidemie in Gloucester fallen täglich 50 Menschen zum Opfer. In den letzten vierzehn Tagen wurden 17000 Personen geimpft. Aus London und Bristol sind zahlreiche Aerzte eingetroffen, die noch 24 000 Personen zu impfen haben werden. Der Kriegsminister hat die Garnison der Stadt von den diesjährigen Manövern ausgeschlossen.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 16. April.

Heiraths-Ankündigungen. I. Haushälter Rudolf Keitsch, ev., Neumarkt 14, und Emilie Schnitte, ev., daselbst. — Haushälter Hermann Schadock, ev., Nicolaistraße 31, und Anna Spielvogel, kath., Nicolaistr. 22. — Schuhmachermeister Otto Schmidt, evang., Kupferschmiedestr. 15, und Emma Philipp, ev., daselbst. — Tischler Adolf Hanke, ev., Antonienstr. 36, und Martha Lustig, kath., Schulgasse 7. — II. Bahnarbeiter August Fußgänger, kath., Brüderstr. 49, und Rosina Schönborn, kath., Klosterstr. 83.

Eheschließungen. I. Haushälter Josef Scheitler, kathol., Weidenstr. 27, mit Auguste Kranz, kath., Schmiedebrücke 56. — Fleischer Hermann Bernhardt, ev., Heinrichstr. 8, mit Caroline Andermann, evang., Königsplatz 6. — Schiffsbaumeister Berthold Fliege, evang., Domstraße 3, mit Louise Silbernagel, ev., Westend-Brahmhaus. — Maschinenschlosser Ernst Stanelle, ev., mit Helena Beiffert, kathol., Friedrich-Wilhelmstraße 39. — II. Zimmermeister Hermann Riedel, ev., Friedrichstr. 50b, mit Wittwe Ida Schütze, geb. Samuel, ev., Gabitzstr. 1.

Geburten. I. Stellmacher Wilhelm Makio, ev., S. — Eisenbahler Gustav Jalke, evang., T. — Feilenhauer Johannes Dirschka, kath., T. — II. Zuschneider Emil Radke, kath., S. — Diener Paul Lehnigke, ev., S. u. T. — Arbeiter Paul Galle, kath., T. — Haushälter Georg Keleja, kath., T. — Drechsler Hermann Göge, ev., T. — Schneidermeister Hermann Redmer, ev., S. — Maurer Franz Kuh, kath., S. — Dachdecker Heinrich Nickel, kath., S. — Tischler Ernst Walter, evang., S. — Musiker Gustav Kaper, altkath., T.

Todesfälle. II. Clara, T. des Eisenbahnschaffners Johann Franzke, 9 T. — Anna, T. des Arbeiters Carl Raich, 4 Mon. — Richard, S. des Müllers Ernst Härtel, 3 J. — Früherer Sattler Adolf Prischke, 66 J. — Tischler Thomas Kraus, 40 J. — Alfons, S. des Bauarbeiters Paul Feder, 1 J. — Wächtersfrau Hedwig Schmanek, geb. Jenge, 69 J. — Stephan, S. des Arbeiters Josef Kosch, 5 M. — Wächter Ernst Specht, 65 J. — Hedwig, T. des Restaurateurs Robert Hahn, 1 J. — III. Böttcher Robert Stache, 45 J. — Walter, S. des Buchhalters Ludwig Meiß, 4 M.

Verantwortlich gemäß § 7 des Preßgesetzes: B. Gerhardt; — Redaction und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6 — Verlag von C. Schütz & Co.
Druck von Th. Schatzky — Sämmtlich in Breslau.